



HESSEN



Bericht aus Brüssel

21/2020 vom 13.11.2020

**Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de**

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	5
Europäisches Parlament.....	6
Ausschuss der Regionen.....	9
Wirtschaft.....	9
Verkehr.....	13
Energie.....	14
Digital.....	14
Forschung.....	15
Finanzdienstleistungen.....	17
Finanzen.....	18
Soziales.....	20
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	20
Umwelt.....	21
Landwirtschaft.....	23
Justiz.....	24
Inneres.....	25
Bildung und Kultur.....	29
Information, Kommunikation und Medien.....	29
EU-Förderprogramme.....	30
Veranstaltungen.....	30
Vorschau.....	31

Institutionelles

Brexit; Kommission; Verhandlungen über die künftigen Beziehungen EU-GBR

Die Verhandlungen über ein Abkommen über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und GBR laufen intensiv in London weiter. Als Schlüsselthemen, an denen eine Einigung noch weiterhin hänge, nannte der Chefverhandler der EU, Michel Barnier, die Fischerei, die gleichen Wettbewerbsbedingungen und die Governance-Struktur des Abkommens. Weiterhin betonte er die Bedeutung des Respekts für die Autonomie der EU und die Souveränität von GBR für die Verhandlungen. Am 07.11.2020 telefonierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit dem britischen Premierminister Boris Johnson. Beide zogen erneut Bilanz über die verlaufenden Verhandlungen und waren sich darüber einig, dass diese weiterhin zäh verlaufen. Von der Leyen erklärte nach dem Telefonat, trotz einiger Fortschritte blieben große Differenzen bei den Verhandlungen vor allem bei den Themen Fischerei und gleiche Wettbewerbsbedingungen.

https://ec.europa.eu/info/european-union-and-united-kingdom-forging-new-partnership/brexit-brief_de

Brexit; Austrittsabkommens, Vertragsverletzungsverfahren

Am 09.09.2020 legte die Regierung von GBR eine Gesetzesvorlage „United Kingdom Internal Market Bill“ (IMB) vor, die im Falle ihrer Annahme gegen das Protokoll zu IRL/Nordirland des Austrittsabkommens verstoßen würde. Diese wurde vom britischen Unterhaus am 29.10.2020 angenommen. Am 09.11.2020 hat das britische Oberhaus das umstrittene Binnenmarktgesetz abgelehnt. Es stimmte dafür, bestimmte Klauseln aus der Vorlage zu streichen. Die Kommission hatte am 01.10.2020 ein Aufforderungsschreiben an GBR gerichtet, weil das Land mit dem Gesetzentwurf gegen seine Verpflichtungen aus dem Austrittsabkommen verstoßen hat. Mit diesem Schritt beginnt ein förmliches Vertragsverletzungsverfahren gegen GBR. Die Regierung von GBR hat es trotz zahlreicher Aufforderungen der EU unterlassen, die strittigen Teile des Gesetzentwurfs zurückzuziehen. GBR ließ die bis Ende Oktober gesetzte Frist auf das Schreiben der EU zu reagieren, verstreichen.

https://ec.europa.eu/info/european-union-and-united-kingdom-forging-new-partnership/eu-uk-withdrawal-agreement/meetings-eu-uk-joint-and-specialised-committees-under-withdrawal-agreement_de

Corona

Kommission; EU stellt Mosambik 100 Mio. EUR zur Verfügung

Am 02.11.2020 gab die Kommission die Vereinbarung eines Budgethilfeprogramms in Höhe von 100 Mio. EUR zwischen der EU und Mosambik bekannt. Mithilfe des Programms solle eine angemessene Reaktion auf die sozioökonomischen Folgen der Covid-19 Pandemie und die Aufrechterhaltung wesentlicher staatlicher Funktionen ermöglicht werden. Neben einer Verbesserung der Gesundheitsversorgung für besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen solle auch der Sozialschutz ausgeweitet und Kindern der Zugang zu Bildung durch eine sichere Rückkehr in die Schule ermöglicht werden. Die nunmehr gewährte Budgethilfe werde über das Finanzministerium Mosambiks bereitgestellt, um die Pläne der Regierung zur Bewältigung der Pandemie umsetzen zu können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1989

Kommission; 17,2 Mio. EUR für Somalia, Sudan und Südsudan bereitgestellt

Am 06.11.2020 gab die Kommission die Bereitstellung weiterer 17,2 Mio. EUR für Vorsorgemaßnahmen gegen die Covid-19 Pandemie für Somalia, den Sudan und Südsudan aus dem EU-Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika (EUTF) bekannt. Mit fünf Mio. EUR werde ein bestehendes Programm ergänzt, das von der WHO geleitet werde und die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Flüchtlinge oder Binnenvertriebene, in Somalia unterstützen soll. Mit den zusätzlichen Mitteln sollten die grenzüberschreitende Gesundheitsüberwachung, die epidemiologische Beobachtung in Gesundheitseinrichtungen und die Fallbearbeitung verbessert werden. Im Sudan werde das ebenfalls von der WHO durchgeführte Gesundheitsprogramm zur Reaktion auf die Pandemie mit 10,2 Mio. EUR unterstützt. Dadurch sollen Mängel im Gesundheitswesen behoben, die epidemiologische Überwachung verbessert und Vorsorgemaßnahmen gegen Epidemien ermöglicht werden. Schließlich seien zwei Mio. EUR für das vom Welternährungsprogramm durchgeführte Programm zur Unterstützung der Gesundheitsdienste im Südsudan bereitgestellt worden, um Schutzausrüstungen für Gesundheitspersonal zu beschaffen. Insgesamt betrage die bislang aus dem EUTF geleistete Notversorgung am Horn von Afrika damit beinahe 300 Mio. EUR. Weitere 480 Mio. EUR seien vorgesehen, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in der Region abzufedern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2027

Kommission; Berichte zur Bekämpfung von Desinformationen über COVID-19

Die Kommission hat am 06.11.2020 neue Berichte der Unterzeichner des EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung von gezielten Desinformationen im Rahmen des Überwachungs- und Berichterstattungsprogramms COVID-19 vorgelegt. Diese Berichte konzentrieren sich auf die Maßnahmen, die im September 2020 von den Unterzeichnern des Verhaltenskodex - Facebook, Google, Microsoft, Twitter und TikTok - zur Begrenzung der Desinformation über COVID-19, ergriffen wurden. Seit Juni 2020 legen die Unternehmen monatlich dar, welche Maßnahmen sie gegen im Internet verbreitete Desinformationen im Zusammenhang mit der Pandemie ergreifen (vgl. BaB 19/2020). So gab z.B. Google an, Gesundheitsinhalte von EU-Regierungen und öffentlichen Behörden, die durch Google-Anzeigenzuschüsse unterstützt wurden, hätten im September 46 Mio. Klicks generiert. Microsoft berichtet, mehr als zwei Mio. Werbemaßnahmen, die versucht haben, die COVID-19-Krise für kommerzielle Gewinne auszunutzen, verhindert zu haben. Facebook und Instagram informierten über die Erweiterung ihres Faktenprüfungs-Netzwerks, das nun 37 Partner in Europa umfasse und 26 Sprachen abdecke. Die Kommission begrüßte die Anstrengungen, kritisierte aber erneut, dass die vorgelegten Informationen noch nicht ausreichten, und verwies auf zwei geplante Gesetzesinitiativen, die die Pflichten der Plattformen auch in dieser Hinsicht verschärfen würden: das Gesetz über digitale Dienste und der Europäische Aktionsplan für Demokratie.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/third-set-reports-fighting-covid-19-disinformation-monitoring-programme>

Kommission; Maßnahmenpaket zur Gesundheitsunion vorgelegt

Die Kommission hat am 11.11.2020 ein Maßnahmenpaket zur Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion vorgelegt. Mit der Initiative sollen erste Lehren aus der COVID-19 Pandemie gezogen und die grenzüberschreitende Vorsorge und Reaktion auf Gesundheitskrisen auf europäischer Ebene gestärkt werden. Der Vorschlag stützt sich dabei maßgeblich auf drei Säulen: Verordnung (VO) zu schwerwiegenden Gesundheitsgefahren sowie Erweiterung der Mandate des Europäischen Zentrums zur Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA). Der Kern der Gesundheitsunion liegt in

dem Austausch der Daten hinsichtlich der Auslastung der Kapazitäten der Gesundheitssysteme, zur epidemiologischen Lage sowie der Versorgungssituation im Arzneimittelbereich. Hierfür sollen die Mitgliedstaaten diese Daten auf nationaler Ebene erheben und somit die Voraussetzung für ein koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene schaffen. Ziel ist ein integriertes Überwachungssystem, das u.a. durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz eine gestärkte Krisenreaktion ermöglicht. Darüber hinaus ist in der VO enthalten, dass bei Ausrufung eines EU-Gesundheitsnotstands vorgesehen ist, eine engere europäische Koordinierung die Entwicklung, Bevorratung und Beschaffung von krisenrelevanten Produkten zu gestatten. Die EU-Agenturen ECDC und EMA werden zudem mit der Schaffung eines Netzwerks von EU-Referenzlaboratorien und der wissenschaftlichen Beratung zu Arzneimitteln beauftragt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_2041

Kommission; Vertragsabschluss mit BioNTech-Pfizer zur Impfstoffsicherung

Die Kommission hat am 11.11.2020 einen Vertrag mit BioNTech und Pfizer zur Sicherung entsprechender Chargen des aussichtsreichen Impfstoffkandidaten genehmigt. Der Vertrag sieht einen Kauf von 200 Mio. Impfdosen vor und sichert die Option auf weitere 100 Mio. Einheiten. Damit hat die Kommission nunmehr den vierten Vertrag mit den Entwicklern und Herstellern von Impfstoffkandidaten geschlossen, nachdem sie bereits Vereinbarungen mit AstraZeneca, Sanofi-GSK und Janssen Pharmaceutica NV abgeschlossen hat. Zudem steht sie in Verhandlungen mit CureVac und Moderna. Die Impfstoffe werden im Falle einer Zulassung allen EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt. Durch die mit mehreren Herstellern abgeschlossenen Verträge strebt die Kommission an, eine zeitnahe Verfügbarkeit der Impfstoffe in der EU nach deren Marktzulassung zu gewährleisten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2081

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Rat; EP; Reaktionen der EU auf das Ergebnis der Präsidentschaftswahl 2020 in den USA

Nachdem am frühen Samstagabend 07.11.2020 Präsidentschaftskandidat Joe Biden die Wahl in den USA für sich entscheiden konnte, wurden im Anschluss die ersten Glückwünsche und Erklärungen aus der EU veröffentlicht. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Präsident Charles Michel und Präsident des Europäischen Parlaments David Sassoli gratulierten Joe Biden zu seinem Sieg bei der Präsidentschaftswahl in den USA. Übereinstimmend wird in den Erklärungen betont, dass die transatlantischen Beziehungen der EU zur USA wiederbelebt werden müssen und die Partnerschaft erneuert und verstärkt werden muss. Vor allem das gemeinsame Engagement gegen die COVID-19-Pandemie und die Bewältigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen, der gemeinsame Kampf gegen den Klimawandel, das Fördern eines digitalen Wandels, aber auch die Stärkung der gemeinsamen Sicherheit sowie die Reform des regelbasierten multilateralen Systems werden hervorgehoben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_20_2055

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/11/07/statement-by-president-charles-michel-on-the-2020-us-presidential-elections/>

<https://europarl.europa.eu/the-president/en/newsroom/president-sassoli-congratulations-joe-biden-on-your-victory-a-world-with-less-inequality-is-in-all-our-interests?lang=de>

Kommission; Westbalkan-Gipfel in Sofia

Am 10.11.2020 fand in Sofia ein Gipfeltreffen fast ausschließlich per Videokonferenz unter Teilnahme mehrerer EU-Mitgliedstaaten und EU-Institutionen sowie den Staats- und Regierungschefs der westlichen Balkanstaaten statt. Der Gipfel wurde gemeinsam von BGR und Nordmazedonien ausgerichtet und baute auf Verpflichtungen auf, die die Region zuvor auf dem EU-Westbalkan-Gipfel in Zagreb im Mai 2020 eingegangen war. Die Kommission begrüßte die auf dem Gipfeltreffen von den Staats- und Regierungschefs der westlichen Balkanstaaten geäußerte Verpflichtung, die regionale Zusammenarbeit weiter zu stärken, um auf ihrem europäischen Weg voranzukommen. In Anbetracht dessen betonte die EU durch Olivér Várhelyi, Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, das Engagement auf dem Westbalkan bleibe eine Schlüsselpriorität für die EU. Die positive Reaktion der Westbalkanstaaten auf den von der Kommission vorgelegten Wirtschafts- und Investitionsplan, ihr Engagement für eine bessere Anbindung an die EU und die Unterstützung wichtiger Initiativen wie die Schaffung eines gemeinsamen regionalen Marktes, die Einführung einer grünen Agenda für den Westbalkan und die weitere Unterstützung der Integration der Roma, würden dazu beitragen, die Erholung nach der Pandemie zu beschleunigen, indem sie ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ankurbeln. Der Hohe Vertreter der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, hob hervor, dass die Zukunft des Westbalkan in der EU liege und dass regionale Zusammenarbeit notwendig sei, um das Erbe der Vergangenheit zu überwinden und grüne, friedliche, gerechte und wohlhabende Gesellschaften zu unterstützen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2051

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Debatte mit Kommissar Johannes Hahn über den Kompromiss zum langfristigen EU-Haushalt 2021-2027

In der Plenardebatte am 11.11.2020 begrüßten die Abgeordneten die erzielte Einigung über die EU-Finanzierung sowie die Vereinbarung, die die EU-Finanzierung mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit verknüpft. Die Abgeordneten begrüßten insbesondere die Geschlossenheit des Parlaments bei den Haushaltsverhandlungen, die am 10.11.2020 zu einer Einigung geführt hatten, die zusätzliche Mittel für zukünftige Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit und besseren Klimaschutz bringen werde. Das werde Bürgern, jungen Menschen, Forschern und Gesundheitspersonal in Krisenzeiten zugutekommen. Johannes Hahn, der Kommissar für Haushaltsangelegenheiten, lobte die Gesetzgeber für das Zustandekommen eines "guten Deals" und zeigte, dass "Europa der Herausforderung gewachsen ist". Er begrüßte insbesondere die zusätzlichen Mittel, auf die die Abgeordneten trotz der anfänglichen Kürzungen, die von den Mitgliedsstaaten vorgeschlagen wurden, bestanden hatten, sowie die Einführung des Rechtsstaatlichkeitsmechanismus und einen klaren Fahrplan für Eigenmittel. MdEP Jan Olbrycht (EVP/POL) begrüßte für die EVP die Haushaltsvereinbarung als ein "Win-Win-Ergebnis" für alle Beteiligten und betonte, dass die Verhandlungsführer eine Lösung gefunden hätten, um die Politik zu stärken, ohne die Vereinbarung zu verletzen, die die EU-Staats- und Regierungschefs im Juli über den nächsten MFR und den EU-Wiederauffüllungsfonds der nächsten Generation geschlossen hatten. Er beschrieb auch die jüngsten Haushaltsverhandlungen als die bisher schwierigsten, bei denen so viele neue Elemente zu berücksichtigen seien, wie die Wahrung der Ambitionen der EU beim Umgang mit Brexit und eine sich durch die Pandemie verschlechternde Situation in Europa. Die S&D-Fraktionsvorsitzende MdEP Iratxe García Pérez (S&D/ESP) warnte:

"Niemand würde verstehen, dass wir uns nicht darauf einigen können, so schnell wie möglich zu handeln", um die Folgen der Pandemie für die europäischen Bürger zu mildern. "Wir müssen Spaltungen und Erpressung überwinden und uns auf die Bedürfnisse der Menschen konzentrieren", fügte sie hinzu. García Pérez betonte, dass sie zuversichtlich sei, dass das Konjunkturprogramm ein Erfolg wird, "wenn es uns gelingt, den neuen langfristigen Haushalt und den Eigenmittelbeschluss zügig umzusetzen". Der RN-Fraktionsvorsitzende MdEP Dacian Cioloș (RN/ROM) hob die historische Bedeutung des Abkommens hervor, nicht nur wegen der zusätzlichen Mittel, sondern auch im Hinblick auf die neuen Eigenmittel, mit denen die Verursacher zur Rechenschaft gezogen werden und digitale Unternehmen einen fairen Anteil an Steuern zahlen müssen. Die Mitgliedstaaten werden auch die Grundwerte der EU respektieren müssen, um Zugang zu den Mitteln zu erhalten. "Dies ist ein historischer Augenblick für die EU". "Werden Standortverlagerungen gefördert?", fragte MdEP Jean-Lin Lacapelle (ID/FRA) für die ID-Fraktion. Ein Teil des Aufschwungs müsse auf Anreizen beruhen, die die Verwundbarkeit der KMU berücksichtigen und "vor Ort investiert" würden, sagte er. Er prangerte auch die "europäische Steuer" an, durch die "alle Bürger steuerlich der EUR-Globalisierung unterworfen werden". Der GRÜNE Fraktionsvorsitzende MdEP Philippe Lamberts (GRÜNE/BEL) drückte seinen "Stolz" darauf aus, dass das Parlament bei den Haushaltsverhandlungen "den Mut hat, seine Überzeugungen durchzusetzen". "Es ist unbestreitbar, dass die gestern erzielte Einigung eine wesentliche Verbesserung gegenüber der vom Rat im Juli erzielten Einigung darstellt (...) Dieses Mal hat der Rat uns respektiert", sagte er. MdEP Johan Van Overtveldt (ECR/BEL) begrüßte für seine Fraktion, dass es den Verhandlungsführern des Parlaments gelungen sei, die "unantastbare" Position, die die Mitgliedsstaaten in Bezug auf den langfristigen Haushalt eingenommen hätten, zu verschieben und dadurch mehr Mittel für die Innovations- und Vorzeigeprogramme der EU zu sichern. MdEP Dimitrios Papadimoulis (GUE/GRI) sagte, dass die Errungenschaften des Parlaments ein positiver Schritt seien, dass aber noch mehr nötig sei, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden, und drückte seine Hoffnung aus, "dass der Rat dieser Vereinbarung gehorchen und die notwendige Einstimmigkeit erzielen wird".

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-11-11-ITM-018_DE.html

MdEP verurteilen die jüngsten Terroranschläge in FRA und AUT

In einer Debatte mit der Innenkommissarin Ylva Johansson, die bevorstehende EU-Initiativen wie die Stärkung des Mandats von Europol und einen Aktionsplan für Integration und Integration ankündigte, wiesen die Abgeordneten auf die Notwendigkeit hin, die Lücken und Schlupflöcher in der bestehenden Gesetzgebung zur Terrorismusbekämpfung und deren Umsetzung weiter zu schließen. Gleichzeitig sollten Maßnahmen zur Förderung der Integration in unsere Gesellschaften, der Bildung und der Nichtdiskriminierung weiterentwickelt und unterstützt werden. Mehrere Mitglieder verwiesen auf die Notwendigkeit, dringend die Online-Aspekte der Radikalisierung und der Hassreden anzugehen. Einige forderten den sofortigen Abschluss interinstitutioneller Verhandlungen über Rechtsvorschriften, die die sofortige Entfernung terroristischer Inhalte aus dem Internet ermöglichen würden, während andere es für ebenso wichtig hielten, zu einem ausgewogenen Ergebnis zu gelangen und dabei die Grundrechte und die Meinungsfreiheit zu schützen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-11-11-ITM-022_DE.html

Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen

Am 11.11.2020 billigte das EP die informelle Vereinbarung über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen (SPE) in der EU mit einer Mehrheit von 627 - 28 - 31. Diese Abstimmung verlängert das Mandat des Netzwerks bis zum 31.12.2027 und zwingt die Kommission gleichzeitig, bis Ende September 2026 einen Bewertungsbericht vorzulegen, um die Leistungen des Netzwerks zu bewerten. Die Abgeordneten fordern ein widerstandsfähigeres Netzwerk, das in der Lage ist, die nationalen öffentlichen Arbeitsverwaltungen zu modernisieren und zu stärken, indem sie öffentliche Mittel effektiver und effizienter einsetzen. Die Mitglieder des Netzwerks müssen gemeinsame Initiativen entwickeln, die auch den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken erleichtern würden, betonen die Abgeordneten. Obwohl die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union für das Netzwerk in Übereinstimmung mit dem mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 fortgesetzt werden sollte, schlägt das Parlament vor, die öffentlichen Arbeitsverwaltungen auch auf nationaler Ebene zu finanzieren. Die Mitgliedsstaaten werden nun ermutigt, die SPE mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen auszustatten, um Herausforderungen wie die Digitalisierung der Wirtschaft und sich verändernde Arbeitsmuster zu bewältigen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0301_DE.html

China und die EU einigen sich auf Schutz von Lebensmittelspezialitäten

Das EP stimmte 11.11.2020 im Rahmen des Berichts von MdEP Iuliu Winkler (EVP/ROM) mit einer Mehrheit von 645 - 22 - 18 einem Abkommen zu, das im September 2020 zwischen der EU und China unterzeichnet wurde und sicherstellen soll, dass 100 europäische Produkte mit geografischen Angaben (GIs) - darunter das Steirische Kürbiskernöl, das Münchener Bier, Polska Wódka oder der Feta - in China rechtlich vor Nachahmungen und dem Missbrauch eines Produktnamens geschützt werden (siehe Beitrag unter „Landwirtschaft“).

Roberta Metsola zur Ersten Vizepräsidentin des EP gewählt

MdEP Roberta Metsola wurde zur Ersten Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments gewählt und ersetzte Mairead McGuinness, die Kommissarin wurde. Bis zum Ablauf der Frist am 09.11.2020 war die einzige MdEP, die für dieses Amt nominiert wurde, Roberta Metsola, die von der EVP vorgeschlagen wurde. In einem solchen Fall ist eine formale Wahl nur erforderlich, falls sie beantragt wird. Dies war nicht der Fall. Infolgedessen wurde sie am 12.11.2020 vom EP-Präsidenten für gewählt erklärt. Roberta Metsola ist die erste maltesische MdEP, die Vizepräsidentin des EP wird.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20201109IPR91126/roberta-metsola-elected-as-first-vice-president-of-the-european-parliament>

EU-Haushalt 2021: Unterstützung einer nachhaltigen Erholung von der Pandemie

Der Haushalt 2021 sollte sich darauf konzentrieren, die Auswirkungen der Pandemie zu mildern und die Erholung zu unterstützen, aufbauend auf dem Green Deal und der digitalen Transformation. Dieser Haushalt - der erste der Finanzierungsperiode 2021-2027 - sollte "ein faires, integratives und nachhaltiges Wachstum, die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und sein langfristiges Ziel der sozioökonomischen Konvergenz fördern", erklärten die Abgeordneten in einer am 12.11.2020 angenommenen Entschließung. Die Entschließung, die vom Generalberichterstatter für den Haushalt der Kommission, MdEP Pierre Larrouturou (S&D/FRA), und dem Berichterstatter für den Verwaltungshaushalt der anderen Institutionen, MdEP Olivier Chastel (RN/BEL), ausgearbeitet wurde, wurde mit einer Mehrheit von 471 - 102 - 116

angenommen. Das EP hat darin das Gesamtniveau des EU-Haushalts für 2021 auf knapp 182 Mrd. EUR an Verpflichtungsermächtigungen festgelegt, was einer Erhöhung von 15 Mrd. EUR gegenüber dem Vorschlag der Kommission entspricht. Von diesem zusätzlichen Geld sollten mehr als 14 Mrd. EUR den 15 Vorzeigeprogrammen der EU zugutekommen, wodurch viele Programme und Projekte zur Unterstützung von jungen Menschen, Forschern, Gesundheitspersonal, Unternehmern und vielen anderen Bürgern gefördert werden sollen. Über weitere wichtige Ergänzungen des Haushaltsplans für das kommende Jahr wurde in Bereichen wie Klimawandel, Energie, digitale und Verkehrsverbindungen, KMU, Tourismus, Sicherheit, Migration, Grundrechte und außenpolitische Maßnahmen abgestimmt. Die Abgeordneten streben auch ein Ausgabenniveau für die biologische Vielfalt von 10% und ein Ausgabenniveau für Klima-Mainstreaming von 30% für das Jahr 2021 an. Nachdem die Abstimmung im Plenum stattgefunden hat, können 21 Tage lang "Vermittlungsgespräche" mit dem Rat beginnen, mit dem Ziel, eine Einigung zwischen den beiden Institutionen rechtzeitig für den Haushalt des nächsten Jahres zu erreichen, über den das Parlament abstimmen und der von seinem Präsidenten im Dezember unterzeichnet werden soll. Die erste Konzertierungssitzung zwischen dem Rat und dem Parlament ist für den 19.11.2020 vorgesehen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0302_DE.html

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; ENVE-Fachkommissionsitzung

Am 10.11.2020 fand in Brüssel eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Regionen und die Bewertung des europäischen Grünen Deals“ sowie „Chancen und Synergien einer vorausschauenden Anpassung an den Klimawandel zur Förderung von Nachhaltigkeit und Lebensqualität in den Regionen und Kommunen: Welche Rahmenbedingungen sind erforderlich?“. Außerdem fand ein Meinungsaustausch zum Thema „Förderung einer klimaneutralen Wirtschaft: Eine EU-Strategie zur Integration des Energiesystems“ statt.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164298&meetingSessionId=2204103>

W i r t s c h a f t

Kommission; zweite Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen DEU wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung der Berufsankennungsrichtlinie

Am 30.10.2020 gab die Kommission bekannt gegen DEU die zweite Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens einzuleiten, da DEU die Richtlinie 2005/36/EG zur Anerkennung von Berufsqualifikationen nicht ordnungsgemäß umgesetzt habe. Mit der Richtlinie soll es Berufsangehörigen erleichtert werden, ihre Dienstleistungen in der EU anzubieten. Gleichzeitig sollen Verbraucher und Bürger dadurch besser geschützt werden. Die Richtlinie sei in sektorspezifischen Rechtsvorschriften im Bereich von Berufen, wie Gesundheit, Handwerk und Architektur, nicht ordnungsgemäß umgesetzt worden. Außerdem hat die Kommission Zweifel, ob die Umsetzungsvorschriften in den Bundesländern in Bezug auf den freien Dienstleistungsverkehr bei Ingenieurleistungen und die Anerkennung von Ingenieuren

für Niederlassungszwecke der Richtlinie entsprechen. DEU hat nun zwei Monate Zeit, um auf die mit Gründen versehene Stellungnahme der Kommission zu antworten. Des Weiteren hat die Kommission wegen Nichtumsetzung der Richtlinie gegen MTA die zweite Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens und gegen CYP die erste Stufe eingeleitet. Gegen die SLK hat die Kommission Klage beim EuGH erhoben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/EN/INF_20_1687

Kommission; Genehmigung zur Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens zwischen Hoyer und Rhenus

Die Kommission entschied mit Beschluss vom 03.11.2020 die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens („Joint-Venture“) zwischen der Hoyer GmbH Internationale Fachspedition DEU (im Folgenden: Hoyer) und der Rhenus SE & Co. KG DEU (im Folgenden: Rhenus) nach der EU-Fusionskontrollverordnung zu genehmigen. Hoyer ist ein internationales Logistikunternehmen, das im Transport flüssiger Güter tätig ist. Rhenus erbringt Logistikdienstleistungen in den Bereichen Vertrags-, Transport-, Hafen- und Nahverkehrslogistik. Das Gemeinschaftsunternehmen wird im Bereich der Reinigung und Reparatur von Tankcontainern tätig sein.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_100_02

EP; Rat; Verabschiedung der Standpunkte zum erneuerten Programm „InvestEU“

Im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung haben der Haushaltsausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft und Währung am 28.10.2020 mit 71 zu 17 Stimmen bei 7 Enthaltungen ihren Standpunkt zum erneuerten Vorschlag der Kommission für das EU-Programm zur Förderung von Investitionen und zum Zugang zu Finanzmitteln (InvestEU) angenommen (vgl. BaB 11/2020). InvestEU soll Marktversagen, suboptimalen Investitionsbedingungen und Investitionslücken in Zielsektoren für den Zeitraum 2021 bis 2027 entgegenwirken. Es soll die verschiedenen derzeit verfügbaren EU-Finanzinstrumente (u.a. den EU-Fonds für strategische Investitionen, die Instrumente der „Connecting Europe Fazilität“, bestimmte Fazilitäten im Rahmen des Programms „Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen“ (COSME) sowie bestimmte Garantien und Fazilitäten im Rahmen des Programms „Beschäftigung und soziale Innovation“ (EaSI)) zusammenführen. Am 04.11.2020 haben zudem die EU-Botschafter der Mitgliedsstaaten ihren Standpunkt zum überarbeiteten Kommissionsvorschlag für das InvestEU-Programm verabschiedet. Sie erteilten auch bereits ein partielles Mandat für die Verhandlungen mit dem EP.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20201024IPR90106/investeu-impulse-fur-nachhaltige-innovative-und-soziale-investitionen>

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/11/04/investeu-council-agrees-its-position-on-revised-commission-proposal/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=InvestEU%253a+Council+agrees+its+position+on+revised+Commission+proposalhttp://

EP; Rat; informelle Einigung über eine Verordnung zu neuen EU-Ausfuhrbestimmungen für „Dual-Use“-Güter

Das EP und der Rat haben sich am 09.11.2020 über den Vorschlag für eine Verordnung über eine Unionsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung, der technischen Unterstützung und der Durchfuhr betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck geeinigt. Dabei handelt es sich um Güter, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke verwendet werden können und zu Menschenrechtsverletzungen beitragen können (z.B. Hochleistungscomputer,

Drohnen und bestimmte Chemikalien). Aufgrund technologischer Entwicklungen und wachsender Sicherheitsrisiken soll ein EU-weites System zur Ausfuhrkontrolle digitaler Überwachungsgüter, die international nicht als „Dual-Use“-Güter gelten, eingerichtet werden. Die öffentlichen Berichterstattungspflichten der Mitgliedsstaaten über Ausfuhrkontrollen sollen zu Transparenzzwecken verstärkt werden. Zudem soll mit der neuen Verordnung die Gewichtung der Menschenrechte als Genehmigungskriterium erhöht werden. Auch die Einbeziehung neu entstehender Technologien soll auf einem schnelleren Weg stattfinden. EP und Rat müssen der Einigung noch formell zustimmen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20201105IPR90915/>

Kommission; Gegenmaßnahmen zu USA-Importen

Die Kommission veröffentlichte am 09.11.2020 die Verordnung der Kommission zur Erhöhung der Zölle auf USA-Ausfuhren in die EU im Wert von vier Mrd. US-Dollar, die ab dem 10.11.2020 gilt. Die Welthandelsorganisation (WTO) hatte am 26.10.2020 der EU genehmigt, Gegenmaßnahmen einzuführen, um den illegalen Subventionen der USA zugunsten des Flugbauers Boeing entgegenzuwirken. Die EU-Maßnahmen sehen zusätzliche Zölle in Höhe von 15% auf Flugzeuge und zusätzliche Zölle in Höhe von 25% auf gewisse Agrarerzeugnisse und Industrieprodukte, die aus den USA eingeführt werden. Dies entspricht genau den Maßnahmen, die die USA bezüglich des WTO-Verfahrens über Subventionen für Airbus eingeführt wurden (vgl. BaB 18/2019). Eine Verhandlungslösung für den WTO-Fall Boeing wäre bisher auf Seiten der USA nicht gegeben. Die Kommission erklärte sich jedoch bereit, mit den USA an langfristigen Regelungen für Subventionen auf Flugzeuge zu arbeiten.

https://eur-lex.europa.eu/eli/reg_impl/2020/1646/oj

Rat; Videokonferenz der EU-Handelsministerinnen und -minister

Am 09.11.2020 fand eine Videokonferenz der EU-Handelsministerinnen und -minister statt. Auf der Tagesordnung stand eine Diskussion zu aktuellen Fragen der EU-Handelspolitik. Dabei ging es zum einen um die Ausgestaltung der Handelsbeziehungen mit den USA, insbesondere im Lichte der Ergebnisse der USA-Wahlen am 03.11.2020. Die Ministerinnen und Minister unterstrichen die entscheidende Bedeutung der transatlantischen Beziehungen für die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit, insbesondere im Kontext der anhaltenden COVID-19-Krise. Zum anderen war die zukünftige Ausrichtung der EU-Handelspolitik Diskussionspunkt, um auf die Vielzahl neuer globaler Herausforderungen reagieren und Europa aus der COVID-19-Krise führen zu können. Ein besonderer Fokus lag zudem auf der Reform der Welthandelsorganisation, wo aus Sicht der Kommission wesentliche Fortschritte in einigen Fragen, wie z.B. Fischereisubventionen, zwischenzeitlich erzielt werden konnten. Bei der Diskussion ging es auch um den Stand der Handelsbeziehungen der EU mit China. Der Schwerpunkt war hier das Erreichen der Angleichung der Wettbewerbsbedingungen. Die Ministerinnen und Minister betonten, dass an dem umfassenden Investitionsabkommen mit China, welches ein faires und transparentes Geschäftsumfeld in China schaffen soll, weitergearbeitet werden muss, damit die Verhandlungen dazu noch dieses Jahr abgeschlossen werden könnten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2020/11/09/>

Kommission; Mitteilung an Amazon wegen Verstoßes gegen EU-Kartellvorschriften

Die Kommission hat am 10.11.2020 Amazon ihre Beschwerdepunkte dazu mitgeteilt. Sie sei vorläufig der Auffassung, dass das Unternehmen gegen Kartellvorschriften verstoße, indem es den Wettbewerb auf Online-Einzelhandelsmärkten verfälscht.

Amazon steht im Verdacht, nichtöffentliche Geschäftsdaten von unabhängigen Händlern, die über die Amazon Plattform ihre Produkte verkaufen, systematisch für das eigene Einzelhandelsgeschäft zu nutzen, obwohl dieses mit den betroffenen Händlern unmittelbar im Wettbewerb steht. Durch die Auswertung der nichtöffentlichen Geschäftsdaten wäre Amazon in der Lage, eigene Geschäftsrisiken zu minimieren und seine beherrschende Stellung – vor allem in DEU und FRA – auszuweiten. Zudem hat die Kommission ein weiteres Kartellverfahren eingeleitet, um festzustellen, ob Amazon bestimmte Angebote bevorzugt behandelt. Amazon steht im Verdacht, dass eigene Angebote von Amazon und Angebote von Händlern, die von den Logistik- und Versanddiensten von Amazon Gebrauch machen, bevorzugt behandelt werden.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=1_40462

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=1_40703

Kommission; Konsultation zur Harmonisierung der technischen Sicherheitsanforderungen für mobile Maschinen und Geräte für den Straßenverkehr

Die Kommission hat am 10.11.2020 eine öffentliche Konsultation zu einer möglichen Harmonisierung der technischen Sicherheitsanforderungen für mobile Maschinen und Geräte im Straßenverkehr eröffnet. Die Kommission erwägt hierzu einen Verordnungsvorschlag zu erarbeiten und möchte im Vorfeld Rückmeldungen über die aktuelle Situation sowie potentielle Lösungsmöglichkeiten. Viele Aspekte mobiler Maschinen seien zwischenzeitlich auf EU-Ebene harmonisiert, nicht aber die Sicherheitsanforderungen für den öffentlichen Straßenverkehr. Die Hersteller müssten nationale technische Sicherheitsanforderungen und Genehmigungsverfahren befolgen, die zwischen den Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich seien. Die Konsultationsfrist endet am 02.02.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/1198-Road-circulation-requirements-for-mobile-machinery/public-consultation>

Rat; Annahme von Schlussfolgerungen für eine globale Weltraumwirtschaft

Der Rat nahm im schriftlichen Verfahren am 11.11.2020 Schlussfolgerungen zum Thema „Richtungsvorgaben für den europäischen Beitrag zur Festlegung wesentlicher Grundsätze für die globale Weltraumwirtschaft“ an. Diese sollen der Vorbereitung der zehnten Tagung des Weltraumrates 20.11.2020 dienen. Der Rat nimmt in den Schlussfolgerungen zur Kenntnis, dass es eine wettbewerbsfähige europäische Raumfahrtindustrie und Lieferkette gibt, sodass Europa am globalen Wachstum Weltraumwirtschaft teilhaben und dazu beitragen kann. Es wird an alle Akteure appelliert, sich für weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen und offene Wirtschaften, die auf multilateralen Lösungen und Gegenseitigkeit im Raumfahrtsektor basieren, einzusetzen. Ziel müsse es sein, technologisch unabhängig zu sein, um einen sicheren, autonomen, zuverlässigen, kosteneffizienten und erschwinglichen Zugang zum Weltraum aufrechtzuerhalten. Von besonderer Bedeutung sei das Weltraumverkehrsmanagement, wofür ein koordinierter Ansatz auf EU-Ebene notwendig sei, sowie die Cybersicherheit im Bereich der Raumfahrt. Um diese Ziele zu erreichen, bedürfe es koordinierter Maßnahmen der EU, der Europäischen Weltraumorganisation und der jeweiligen Mitgliedstaaten, wobei der institutionelle Aufbau und der operative Rahmen zur Stärkung der europäischen Raumwirtschaft beachtet werden müsse.

<https://www.consilium.europa.eu/media/46730/st12851-en20.pdf>

Kommission; Veröffentlichung ihres Jahresberichts zur Umsetzung der EU-Handelsabkommen

Die Kommission legte am 12.11.2020 ihren Jahresbericht über die Umsetzung von EU-Handelsabkommen im Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2019 vor. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass, trotz der vielen weltweiten Spannungen, die EU-Handelsabkommen weiterhin einen fairen und nachhaltigen Handel erleichtern. Die Handelsabkommen der EU würden ein Drittel des Außenhandels mit Drittstaaten abdecken. Sie würden mit 113 Mrd. EUR zum Gesamthandelsbilanzüberschuss der EU von 197 Mrd. EUR beitragen. Besonders wichtig seien die Abkommen für europäische kleine und mittelständische Unternehmen, die außerhalb der EU Handel betreiben. Die Zahl dieser Unternehmen sei zwischen 2014 und 2017 um durchschnittlich 6% gestiegen. Der Handel mit den 65 im Bericht behandelten Präferenzpartnern wuchs 2019 um 3,4%, während der gesamte Außenhandel der EU insgesamt um 2,5% zunahm. Insbesondere die Handelsabkommen der EU mit Kanada und Japan hätten den Handel seit ihrem Inkrafttreten um fast 25% bzw. 6% gesteigert. Der Bericht analysiert auch die Fortschritte bei der Umsetzung der Kapitel "Handel und nachhaltige Entwicklung" (TSD), die Teil aller modernen EU-Handelsabkommen sind. Während der Bericht feststellt, dass es bei der Umsetzung dieser Kapitel noch viele Herausforderungen gibt, wird das Abkommen mit Vietnam als erfolgreiches Beispiel dafür genannt, wie das Engagement der EU mit ihren Partnern vor dem Inkrafttreten zu greifbaren Fortschritten in diesen Fragen, insbesondere bei den arbeitsrechtlichen Verpflichtungen, führen kann.

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2020/DE/COM-2020-705-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>

V e r k e h r

Kommission; Aktualisierung der Arbeitspläne für die Transeuropäischen Verkehrskorridore

Die Kommission veröffentlichte am 03.11.2020 neun aktualisierte Korridor-Arbeitspläne für die Transeuropäischen Verkehrsnetze. Die neuen Pläne sollen die Entwicklung der Kernnetzkorridore bis zur geplanten Fertigstellung im Jahr 2030 leiten. Die Pläne beinhalten eine Zusammenfassung des gegenwärtigen Zustandes der Infrastruktur sowie die Herausforderungen für die zukünftige Infrastrukturentwicklung. Zudem wird auch der Rahmen für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur festgelegt.

https://ec.europa.eu/transport/themes/infrastructure/news/2020-11-03-update-ten-t-corridor-work-plans_de

Kommission; Deutsche Beihilfe zur Förderung des Schienengüterverkehrs mit Einzelwagen genehmigt

Die Kommission beschloss am 04.11.2020, die von DEU angemeldete Regelung zur Förderung des Einzelwagenschienengüterverkehrs in Höhe von 600 Mio. EUR zu genehmigen. Die Regelung ist bis zum 30.11.2025 befristet. Diese gehört zum Klimaaktionsprogramm 2030 der deutschen Bundesregierung und soll dazu beitragen, dass die Nutzung des Einzelwagen-Güterverkehrs kostengünstiger wird. Dadurch soll der Güterverkehr von der Straße auf Schienen verlagert werden. Schienengüterverkehrsunternehmen, die im Einzelwagenverkehr tätig sind, sollen direkte Zuschüsse erhalten. Die Zuschüsse sollen verwendet werden, um Kosten der Unternehmen für die Nutzung von Rangierbahnhöfen und Zugbildungsanlagen zu reduzieren.

EuGH; Urteil zur Zertifizierung von Triebfahrzeugführern

In seinem Urteil vom 12.11.2020 in der Rechtssache C-796/19 entschied der EuGH, dass AUT gegen die Richtlinie 2007/59 über die Zertifizierung von Triebfahrzeugführern verstoßen hat, indem AUT als „zuständige Behörde“ im Sinne der Richtlinie 2007/59 eine andere Behörde bestimmt hat als die Sicherheitsbehörde gemäß Artikel 16 der Richtlinie 2004/49 über Eisenbahnsicherheit. Die Kommission hatte die Klage gegen AUT erhoben, wogegen sich AUT mit dem Argument verteidigte, dass die Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, die in AUT als „zuständige Behörde“ tätig war, dem Bundesminister für Verkehr unterstellt ist. Aus der Richtlinie 2007/59 über die Zertifizierung von Triebfahrzeugführern und der Richtlinie 2004/49 über Eisenbahnsicherheit ergibt sich laut EuGH die Verpflichtung des Mitgliedstaates, eine einzige Sicherheitsbehörde im Sinne der Richtlinie 2004/49 über Eisenbahnsicherheit zu bestimmen, die gleichzeitig auch „zuständige Behörde“ im Sinne der Richtlinie 2007/59 über die Zertifizierung von Triebfahrzeugführern ist. Das von AUT vorgetragene Argument sei nicht einschlägig, da durch das Unterordnungsverhältnis zweier Stellen mit eigener Rechtspersönlichkeit diese Verpflichtung nicht ordnungsgemäß umgesetzt werden kann.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=233581&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=12863179>

E n e r g i e

Kommission; Erhöhung der Offshore-Produktkapazität bis 2050

Die Kommission veröffentlichte am 05.11.2020 ein vorläufiges Dokument zur EU-Strategie für erneuerbare Offshore-Energien zur Steigerung der erneuerbaren Energieproduktion als notwendige Voraussetzung für den Erfolg des Übergangs zu einer kohlenstoffneutralen Gesellschaft. Die Strategie hat zum Ziel, bis 2050 die Offshore-Windkapazitäten auf 300 GW und die Meeresenergie auf 60 GW zu erhöhen. Folglich müsste - ausgehend vom heutigen Stand - die Offshore-Produktionskapazität um das 25-fache erhöht werden. Bis zum 24.09.2020 war die entsprechende Konsultation geöffnet. Die Kommission plant eine Überarbeitung der Verordnung über die transeuropäischen Energienetze vorzulegen, wodurch die Planung von Offshore-Netzen erleichtert werden soll. Zudem will die Kommission mit den Mitgliedsstaaten zusammenarbeiten, um Entwicklungsziele für erneuerbare Energien auf See aus den nationalen Energie- und Klimaplänen (NECPs) in die maritimen Raumordnungspläne zu integrieren. Auch die Regeln zu staatlichen Beihilfen für Energie und Umweltschutz sollen überarbeitet werden, um einen kosteneffizienten Einsatz zu ermöglichen.

<https://drive.google.com/file/d/1Xm1Paq2acuF5Yik6dTGs31NpafKqDSH/view>

D i g i t a l

Kommission; Studie zu Energieeffizienz von Rechenzentren

Die Kommission hat am 09.11.2020 die Studie „Energy-efficient Cloud Computing Technologies and Policies for an Eco-friendly Cloud Market“ vorgestellt. Die vom Umweltbundesamt in AUT und dem Borderstep Institut (Berlin) erstellte Studie befasst sich mit der Energieeffizienz von Rechenzentren. Die maßgeblichen Ergebnisse der

Studie sind: Der Energieverbrauch von Rechenzentren in den Mitgliedstaaten wird voraussichtlich von 2,7% des Strombedarfs im Jahr 2018 auf 3,2% bis 2030 ansteigen. Aufgrund der zunehmenden Digitalisierung und der damit verbundenen Notwendigkeit, immer mehr Daten zu erfassen, zu übertragen und zu verarbeiten, gibt es einen wachsenden Trend zum sog. Edge Computing. Im Jahr 2018 entfielen 2% des Energieverbrauchs von Rechenzentren auf Edge-Rechenzentren. Es wird erwartet, dass dieser Anteil bis 2025 auf 12% steigen wird. Die Studie stellt sodann technische und politische Optionen dar, wie dieser Anstieg begrenzt werden kann. Zu den technischen Lösungen gehören z.B. effizientere Kühlsysteme, die Wiederverwendung von Wärme, der Einsatz erneuerbarer Energien zur Versorgung von Rechenzentren und der Bau der Rechenzentren in kälteren Regionen. Zu den politischen Optionen gehören ein umweltfreundliches öffentliches Beschaffungswesen, Regeln für Europas Behörden, umweltfreundlichere Dienstleistungen einzukaufen und die Förderung einheitlicher Indikatoren für Energieeffizienz. Die Kommission hatte in ihrer Strategie „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“ vom 19.02.2020 angekündigt, Initiativen zur Verwirklichung klimaneutraler, hochgradig energieeffizienter und nachhaltiger Rechenzentren bis spätestens 2030 ergreifen zu wollen. Die nun vorgelegte Studie steht damit im Zusammenhang. Die Studie erwähnt den energieeffizienten Supercomputer „LOEWE CSC“ der Goethe-Universität Frankfurt a.M. als ein Beispiel bewährter Praktiken in der EU.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/energy-efficient-cloud-computing-technologies-and-policies-eco-friendly-cloud-market>

Kommission; Revision der Richtlinie über digitale Barrierefreiheit

Die Kommission hat am 10.11.2020 eine Konsultation über einen Fahrplan zur möglichen Revision der Richtlinie (EU) 2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (sog. digitale Barrierefreiheit) eingeleitet. Sie möchte herausfinden, inwieweit die Umsetzung der Richtlinie und die dazu gehörenden Beschlüsse der Kommission – Beschluss 2018/1523 und Beschluss 2018/1524 – zu einer besseren Zugänglichkeit digitaler Inhalte und damit zu digitaler und sozialer Inklusion sowie zur weiteren Harmonisierung des Binnenmarktes geführt haben. Die Kommission wird zu einem späteren Zeitpunkt eine weitere, ausführlichere öffentliche Konsultation durchführen sowie im vierten Quartal 2020 eine externe Studie in Auftrag geben. Die Evaluierung der Richtlinie soll bis Dezember 2021 abgeschlossen sein. Die Konsultation über den Fahrplan endet am 08.12.2020.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12537-Review-of-the-application-of-the-Web-Accessibility-Directive->

F o r s c h u n g

Kommission; Forschungsrat; Förderung mit ERC-Synergy Grants

Das Synergy Grant-Programm des Forschungsrates (ERC) ist Teil des Forschungs- und Innovationsprogramms der EU, Horizon 2020. Am 05.11.2020 hat die Kommission die Ergebnisse der neuen Auswahlrunde bekannt gegeben. Von den 34 Forschungsprojekten, die über den ERC mit 350 Mio. EUR gefördert werden, sind 18 Projekte in DEU angesiedelt. An den 34 Projekten sind 116 Wissenschaftler beteiligt, 26 davon aus DEU. Beispiele aus der aktuellen Runde sind Forschungsarbeiten zu Rückkopplungen zwischen arktischem Permafrost und globalem Klima oder zu Verbindungen zwischen benachbarten Pflanzenzellen. Mit mehr als 440 Vorschlägen wurde ein Rekord bei der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Synergy

Grants eingereicht. Die Synergy Grants helfen Gruppen von zwei bis vier exzellenten Forschenden, Kenntnisse und Ressourcen in einem ehrgeizigen Projekt zusammenzuführen. Forschungskommissarin Mayriya Gabriel kommentierte, sie sei stolz darauf, dass die EU nicht nur entschlossene Maßnahmen zur Bewältigung der unmittelbaren Herausforderungen der Corona-Krise ergreife, sondern auch weiterhin in unsere langfristige Zukunft investiert, indem sie diese außergewöhnlichen Forscher unterstütze. „Indem wir langfristig denken, stärken wir die Position Europas als globales Zentrum der Forschung“, so Gabriel. Die zur Finanzierung ausgewählten Forschungsarbeiten decken ein breites Spektrum wissenschaftlicher Bereiche ab. Die Stipendien im Wert von jeweils rund zehn Mio. EUR sollen zur Schaffung von rund 1.000 Arbeitsplätzen für Postdoktoranden, Doktoranden und andere Mitarbeiter in den Forschungsteams der Stipendiaten beitragen. Die ERC Synergy Grants fördern Teams von zwei bis vier vielversprechenden Forschenden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201105-europaeischer-forschungsrat_de

Kommission; Covid-19-Forschung; Projekt der Goethe-Universität Frankfurt

Am 05.11.2020 hat die Generaldirektion Forschung der Kommission bekannt gegeben, dass sie 23 weitere Forschungsprojekte zu Covid-19 finanzieren wird. Der Fokus liegt auf den Aspekten Diagnose und Behandlung. Forschungsarbeiten zur Medizintechnik, digitalen Werkzeugen und tragbaren Diagnosesystemen sollen unterstützt werden. Die Höhe der Finanzierungen wurde mit 128 Mio. EUR angegeben. Um die anhaltende Coronavirus-Pandemie und ihre Auswirkungen zu bekämpfen, habe die Kommission am 05.11.2020 die jeweiligen Zuschussvereinbarungen unterzeichnet. An 14 der 23 Projekte nehmen 39 Partner aus DEU teil. So koordiniert etwa die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ein Projekt zu Covid-19-Epidemiekontrollentscheidungen. Besonders hervorzuheben ist weiter, dass die Goethe-Universität in Frankfurt mit einem Projekt ausgewählt wurde. Das dortige Universitätsklinikum befasst sich im Projekt „ENVISION“ mit einem Tool für die Echtzeit-Überwachung von Covid-19-Patienten und intelligenter Entscheidungsfindung („smart decision-making“) auf Intensivstationen. Involviert in dieses Projekt, koordiniert von der Goethe-Universität, sind 21 Partner, sowohl öffentliche als auch private. Der Bereich ist deswegen sehr zukunftssträchtig, weil neben dem begrenzten Wissen zur Erkrankung ein besonderes Augenmerk auf den Intensivstationen liegt: In besonders schwer betroffenen Ländern sind mehr als 10% der infizierten Patientinnen und Patienten auf Intensivstationen verlegt worden. Daher sollen Hilfestellungen für Intensivmediziner entwickelt werden, die auf intelligente Datensammlung zurückgreifen. Dabei spielt auch Künstliche Intelligenz eine Rolle. Mit Blick auf die Projektauswahl der Kommission insgesamt sind an sämtlichen nun von der Kommission bewilligten Projekten, von denen mehrere bereits vor einigen Wochen ihre Arbeit aufgenommen haben, 344 Forschungsteams aus 39 Ländern beteiligt. Forschungskommissarin Mariya Gabriel erklärte, die Projekte seien von wesentlicher Bedeutung, um verschiedene Aspekte dieser und künftiger Pandemien besser angehen zu können. Es gehe darum, die Reaktionsfähigkeit zu erhöhen, Ansteckungen zu verhindern, Diagnose und Behandlung zu verbessern und bessere Maßnahmen zur Eindämmung zu ergreifen sowie verhaltensbezogene, soziale und wirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen.“ Die Förderung erfolgt aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/research_and_innovation/research_by_area/documents/ec_rtd_coronavirus-new-research-projects.pdf

ESMA; Europäische Finanzmarktaufsicht veröffentlicht Bericht zu Wirecard-Skandal

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) hat am 03.11.2020 die Ergebnisse ihres Fast Track Peer Review zum Wirecard-Bilanzskandal veröffentlicht. Darin wurde insbesondere das aufsichtsrechtliche Verhalten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) bewertet. In ihrer Peer Review wies die ESMA auf eine ganze Reihe von Mängeln, Versäumnissen und ineffizienten Abläufen im Umgang mit dem Bilanzbetrug des Zahlungsdienstleisters Wirecard hin. So habe es für die BaFin ein erhöhtes Risiko der Einflussnahme durch das Finanzministerium gegeben. Konkret beziehen sich die Defizite auf die Unabhängigkeit der BaFin von Emittenten und Regierung, die Marktüberwachung sowohl durch die BaFin als auch durch die DPR, die Prüfverfahren der DPR und die Wirksamkeit des Aufsichtssystems im Bereich der Rechnungslegung.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-identifies-deficiencies-in-german-supervision-wirecard%E2%80%99s-financial>

Kommission; Herbstprognose: Zweite Pandemie-Welle erzeugt Unsicherheit

Nach der am 05.11.2020 veröffentlichten Herbstprognose der Kommission wird für die Wirtschaft der EU auch im Jahr 2021 nicht mit einer raschen Erholung gerechnet. Zwar wurde die Prognose für das laufende Jahr 2020 im Vergleich zur Sommerprognose leicht nach oben korrigiert, so dass die Kommission nur noch von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung in der gesamten EU für 2020 von 7,4% (im Sommer rechnete sie noch mit einem Minus von 8,3%) ausgeht. Für die kommenden zwei Jahre seien die Aussichten aufgrund hoher Unsicherheit ebenfalls getrübt. So wird für 2021 nur noch von einem Wirtschaftswachstum in der EU von 4,1% und für 2022 von 3,0% ausgegangen. Für die EUR-Zone wird dieses Jahr mit einem Minus von 7,8% gerechnet, 2021 dann mit einem Plus von 4,2% und 2022 mit 3,0%.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2021

EuRH; Bericht sieht nur langsame Fortschritte bei Verwirklichung der Kapitalmarktunion

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 11.11.2020 einen Bericht veröffentlicht, in dem er von nur langsamen Fortschritten auf dem Weg zur Kapitalmarktunion ausgeht. Trotz der Bemühungen der Kommission, das Ziel der Schaffung einer Kapitalmarktunion zu erreichen, stünden entsprechende Ergebnisse noch aus. Die Maßnahmen der Kommission zur Diversifizierung der Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen und ihre Bemühungen zur Entwicklung lokaler Kapitalmärkte innerhalb der Kapitalmarktunion hätten – so der Bericht weiter – bisher keine Katalysatorwirkung gezeigt. Die Rolle der privaten Risikoteilung durch die Kapitalmärkte zu stärken stelle weiterhin ein ehrgeiziges Ziel dar, dem dringende Priorität gebühre. Dies würde zu einem EU-Finanzsystem führen, das nicht nur stabiler und krisenfester sei, sondern auch besser gerüstet, um Wachstum anzukurbeln, insbesondere wenn die übliche Bankfinanzierung schwer oder überhaupt nicht zugänglich sei.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR20_25/INSR_CMU_DE.pdf

EuGH; Stärkung von Verbraucherrechten bei Verlust von multifunktionalen Bankkarten

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat durch sein Urteil in der Rechtssache C-287/19 betreffend ein Vorabentscheidungsersuchen des österreichischen Obersten

Gerichtshofs die Rechte der Verbraucher in der EU gestärkt. In dem vorgelegten Verfahren hat der Oberste Gerichtshof einen Rechtsstreit zu entscheiden zwischen der in AUT tätigen DenizBank und dem österreichischen Verein für Konsumenteninformation (VKI). Im Kern streiten die Parteien über die Gültigkeit von Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB), die die Nutzung personalisierter multifunktionaler Bankkarten betreffen, die insbesondere mit der Nahfeldkommunikationsfunktion (Near Field Communication; im Folgenden: NFC-Funktion) – üblicherweise als „kontaktlose Zahlungsfunktion“ bezeichnet – ausgestattet sind. In den streitgegenständlichen AGB schließt die DenizBank u.a. ihre Haftung für nicht autorisierte Zahlungen aus, die mit Bankkarten erfolgen, die mit einer NFC-Funktion ausgestattet sind. Außerdem weist sie dem Kontoinhaber das Risiko des Missbrauchs seiner Karte für nicht autorisierte Zahlungen zu. Ebenso sei laut den AGB die Sperrung der NFC-Funktion bei Verlust oder Diebstahl der Karte nicht möglich. Der Oberste Gerichtshof hat dem EuGH den Rechtsstreit zur Vorabentscheidung vorgelegt und ihn in diesem Zusammenhang um Auslegung der Zahlungsdienste-Richtlinie ersucht. Im Rahmen dieser Auslegung hat der EuGH zunächst festgestellt, dass es sich bei der NFC-Funktion einer personalisierten multifunktionalen Bankkarte, mit der Kleinbetragszahlungen zulasten des verknüpften Kundenkontos getätigt werden können, um ein anonymisiertes „Zahlungsinstrument“ im Sinne der Richtlinie handelt, für das im Falle nicht autorisierter Zahlungen grundsätzlich gewisse Haftungserleichterungen zugunsten der Bank greifen würden. Allerdings könne sich der Zahlungsdienstleister bei Verlust oder Diebstahl der Bankkarte nicht auf die Behauptung zurückziehen, dass das Sperren der Karte technisch unmöglich sei, obwohl dies nach dem objektiven Stand der Technik gerade nicht nachweislich unmöglich sei. Vielmehr müsse der Kunde in einer solchen Situation den Verlust oder die missbräuchliche Verwendung der Karte unverzüglich und kostenlos melden können. Kommt der Verbraucher dieser Meldepflicht nach, dürften für ihn keine finanziellen Folgen entstehen – es sei denn, er habe in betrügerischer Absicht gehandelt.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=233543&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=12665751>

Finanzen

Rat; Tagung der EUR-Gruppe und des Rates für Wirtschaft und Finanzen

Am 03.11.2020 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Format der EUR-Gruppe über die Herausforderungen für das EUR-Währungsgebiet und die Weltwirtschaft durch die COVID-19-Pandemie, den EUR als digitale Währung sowie operative Aspekte der Bankenunion. Am 04.11.2020 tagte der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Die Ministerinnen und Minister thematisierten die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, den weiteren Abbau notleidender Kredite in den Bankbilanzen sowie Änderungen des fiskalpolitischen Rahmens. Der deutsche Ratsvorsitz unterrichtete die Ministerinnen und Minister zudem über die Diskussionen auf der Tagung der G20-Finanzministerinnen und –Finanzminister und der Zentralbankpräsidentinnen und Zentralbankpräsidenten sowie über die Jahrestagungen des Internationalen Währungsfonds/Weltbank im Oktober.

https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/ecofin/2020/11/04/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Video+conference+of+economics+and+finance+ministers

Rat, EP; Politische Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027

Am 10.11.2020 haben der Rat und das EP eine politische Einigung zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021-2027 erzielt. Damit wird das von den EU-Führungsspitzen im Juli 2020 ausgehandelte umfassende Finanzpaket mit dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen und dem befristeten Aufbauinstrument „NextGenerationEU“ mit einem Gesamtvolumen von rund 1,8 Bio. EUR ergänzt. Das mit dem EP vereinbarte politische Paket umfasst eine gezielte Aufstockung von EU-Programmen um 15 Mrd. EUR durch zusätzliche Mittel und Mittelumschichtungen im Laufe des nächsten Finanzierungszeitraums. Zudem soll es mehr Flexibilität für Reaktionen der EU auf unvorhergesehenen Bedarf geben. Ferner ist eine stärkere Einbeziehung der Haushaltsbehörde in die Aufsicht über die Einnahmen im Rahmen von NextGenerationEU vorgesehen sowie beispielsweise eine ehrgeizige Zielsetzung für Biodiversität. Hinzu kommt schließlich ein indikativer Fahrplan für die Einführung neuer Eigenmittel.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/11/10/next-multiannual-financial-framework-and-recovery-package-council-presidency-reaches-political-agreement-with-the-european-parliament/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Next+multiannual+financial+framework+and+recovery+package:+Council+presidency+reaches+political+agreement+with+the+European+Parliament

EuRH; Jahresbericht über die Ausführung des EU-Haushaltsplans zum Haushaltsjahr 2019

Am 10.11.2020 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) seinen Jahresbericht über die Ausführung des EU-Haushaltsplans zum Haushaltsjahr 2019. Darin bescheinigen die Prüferinnen und Prüfer, dass die Jahresrechnung der EU ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Finanzlage der EU vermittelt. Gleichzeitig kommen sie in dem Bericht zu dem Schluss, dass die Zahlungen – und zwar vor allem die Zahlungen, die sie in die Kategorie der „mit einem hohen Risiko verbundenen Ausgaben“ einstufen – zu viele Fehler aufweisen. Aus diesem Grund erteilen die Prüferinnen und Prüfer trotz Verbesserungen in bestimmten Ausgabenbereichen ein versagtes Prüfungsurteil zu den Ausgaben. In dem Bericht wurde auch betont, dass das als Reaktion auf die Coronavirus-Krise vereinbarte Finanzpaket, mit dem die EU-Ausgaben in den nächsten Jahren fast verdoppelt werden, solide und effizient verwaltet werden müsse. Das Ausmaß der Unregelmäßigkeiten bei den EU-Ausgaben sei insgesamt relativ stabil geblieben: 2019 habe es bei 2,7% gegenüber 2,6% im Jahr 2018 gelegen. Aufgrund der Zusammensetzung des EU-Haushalts und der Art und Weise, wie er sich im Laufe der Zeit entwickelte, machen die mit einem hohen Risiko verbundenen Ausgaben im Jahr 2019 jedoch mehr als die Hälfte der geprüften Ausgaben (53%) aus, was gegenüber 2018 einen Anstieg bedeute. Dies betreffe hauptsächlich erstattungsbasierte Zahlungen, beispielsweise in den Bereichen "Kohäsion" und "Entwicklung des ländlichen Raums", in denen die EU-Ausgaben von den Mitgliedstaaten verwaltet werden. Die mit einem hohen Risiko verbundenen Ausgaben unterlägen häufig komplexen Vorschriften und Förderkriterien. In dieser Kategorie sei nach wie vor eine wesentliche Fehlerquote zu verzeichnen, die sich auf schätzungsweise 4,9% belaufe (2018: 4,5%).

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/annualreports-2019/annualreports-2019_DE.pdf

Kommission; EU-Strategie zur Gleichstellung von LGBTIQ vorgestellt

Mit der ersten EU-Strategie zu diesem Thema möchte die Kommission die Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, Transgender-, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ) in der Gesellschaft stärken. Zentrales Anliegen hierbei ist es, den Schutz vor Diskriminierung auch auf EU-Ebene rechtlich auszubauen. Für den Bereich Beschäftigung ist hierfür die Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf einer Prüfung unterzogen worden. Um die Diskriminierung im Netz und sozialen Medien zu bekämpfen, soll ein Rechtsrahmen vorgelegt werden, der gezielt die mit dem Einsatz von Systemen künstlicher Intelligenz verbundenen Gefahren adressiert. Für 2021 will die Kommission darüber hinaus eine Initiative vorlegen, um die EU-Liste für Straftaten um Hassdelikte und Hetze zu erweitern und auf EU-Ebene zu harmonisieren. Ausbauen möchte die Kommission die Rechte von Regenbogenfamilien im grenzüberschreitenden Kontext. Hierfür wird sie einen Gesetzgebungsvorschlag zur gegenseitigen Anerkennung von Elternschaft vorlegen und prüfen, ob sie ebenfalls Maßnahmen zur gegenseitigen Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zwischen den Mitgliedstaaten ergreift. Finanzielle Unterstützung sieht die Strategie u.a. für Initiativen zur Bekämpfung von Hassdelikten, Hetze und Gewalt gegen LGBTQ vor. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/lgbtiq_strategy_2020-2025_en.pdf

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Grundzüge des Gesundheitsdatenraums vorgestellt

Die Kommission hat am 11.11.2020 gemeinsam mit der Deutschen Ratspräsidentschaft die Grundzüge und Zeitachse für den angestrebten Gesundheitsdatenraum vorgestellt. Die Vorstellung erfolgte im Rahmen der Konferenz „Digital Health 2020 – EU on the Move“. Die Einrichtung des europäischen Gesundheitsdatenraums soll integraler Bestandteil des Aufbaus einer europäischen Gesundheitsunion sein. Hierzu hat die Ratspräsidentschaft am gleichen Tag Pläne vorgelegt. Ziel des europäischen Gesundheitsdatenraumes ist es, die EU-Datenstrategie im Gesundheitssektor umzusetzen und grenzüberschreitend zu einer besseren Forschung und Versorgung beizutragen. In Bezug auf die Gesundheitsunion wird die Initiative als wichtiger und integraler Bestandteil des in ihr vorgesehenen Datenaustauschs zur Prävention und Bekämpfung von schwerwiegenden Gesundheitsrisiken wie der COVID-19 Pandemie gesehen. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides kündigten an, dass die Dateninfrastruktur bis 2025 geschaffen werden soll. Vorgesehen ist, dass die Datenhoheit bei den Patientinnen und Patienten liegt und diese - bei entsprechender Freigabe - grenzüberschreitend bei Inanspruchnahme von medizinischen Dienstleistungen und Beratung genutzt werden können. Neben der Gesundheitsversorgung und -forschung soll hiervon auch die Gesundheitswirtschaft durch die Nutzung und Weiterverwendung von Gesundheitsdaten profitieren. Hiervon erhofft sich EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton einen wichtigen Beitrag zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen. Der Legislativvorschlag ist im Arbeitsprogramm der Kommission für 2021 vorgesehen. <https://www.eu2020.de/eu2020-de/aktuelles/pressemitteilungen/spahn-digital-health-2020-konferenz/2415782>

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren - DEU muss artenreiche Wiesen besser schützen

Am 30.10.2020 forderte die Kommission DEU in einer mit Gründen versehenen Stellungnahme auf, seinen Pflichten aus der Richtlinie FFH-Richtlinie nachzukommen und seine Flachland- und Berg-Mähwiesen in Natura-2000-Gebieten besser zu schützen. Vor allem wegen nicht nachhaltiger Landwirtschaft seien die für Bestäuber, wie Bienen und Schmetterlinge, wichtigen Lebensräume vielerorts kleiner geworden oder ganz verschwunden und befänden sich insgesamt in einem ungünstigen Erhaltungszustand. Die Kommission gewährte der Bundesregierung eine zweimonatige Frist, um angemessene Schutzmaßnahmen, auch rechtlicher Natur, zu ergreifen, sonst kann die Kommission beim EuGH Klage einreichen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/INF_20_1687

Kommission; Schärfere Grenzwerte für Chemikalien in Kleidung, Textilien, Schuhen

Ab dem 01.11.2020 gelten in der EU schärfere Konzentrationsgrenzwerte für 33 krebserzeugende, erbgutverändernde oder fortpflanzungsgefährdende Chemikalien in Kleidung, Textilien und Schuhen, unabhängig davon ob sie in der EU hergestellt oder importiert wurden. Zu den Stoffen, die in diesen Produkten potenziell enthalten sein können, zählen polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), Kadmium, Chrom, Blei und seine Verbindungen sowie Phthalate. Die neuen Grenzwerte basieren auf der REACH-Verordnung.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201030-grenzwerte-chemikalien_de

EuGH – Feinstaubbelastung in ITL

Der EuGH hat am 10.11.2020 in seinem Urteil in der Rechtssache C-644/18 entschieden, dass ITL gegen das Unionsrecht zur Luftqualität verstoßen hat. Die Grenzwerte für die Konzentrationen von PM10-Partikeln wurden zwischen 2008 und 2017 systematisch und andauernd überschritten. Die Kommission hat ITL wegen anhaltend hoher Feinstaubwerte, u.a. in Rom, Mailand, Neapel, Palermo, Turin, Venedig und Verona, vor dem Gerichtshof verklagt. Zudem habe ITL nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um die Überschreitungen so kurz wie möglich zu halten. Der Gerichtshof stellte fest, dass die Grenzwerte systematisch und andauernd überschritten wurden und dass die Italienische Republik offenkundig nicht rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-11/cp200136de.pdf>

Kommission; Konsultation zu Regeln für staatliche Umwelt- und Energiebeihilfen

Vom 12.11.2020 - 07.01.2021 stellt die Kommission ihre Initiative zur Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen zur öffentlichen Konsultation. Die derzeitigen Leitlinien wurden von der Kommission 2014 im Rahmen der Modernisierung der Beihilfavorschriften angenommen. Die Initiative sieht vor, die Leitlinien vor dem Hintergrund der industriepolitischen Strategie, des digitalen Wandels und des europäischen Grünen Deals zu überarbeiten. Sie sollen einen Beitrag dazu leisten, die EU bis 2050 klimaneutral, kreislauforientiert und emissionsfrei zu machen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12616-Revision-of-the-Energy-and-Environmental-Aid-Guidelines-EEAG->

Kommission; Konsultation zum Aktionsplan für verschmutzungsfreie Luft, Wasser und Böden

Vom 11.11.2020 bis 10.02.2021 stellt die Kommission den zum Aktionsplan für verschmutzungsfreie Luft, Wasser und Böden zur Konsultation. Die EU soll in Zukunft Verschmutzung besser verhindern, beseitigen und überprüfen, um saubere Luft, Wasser und Böden zu gewährleisten. Das Ziel einer verschmutzungsfreien Umwelt soll in allen relevanten Initiativen berücksichtigt werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12588-EU-Action-Plan-Towards-a-Zero-Pollution-Ambition-for-air-water-and-soil>

Kommission; Konsultation zu Zielen für Wiederherstellung der Natur

Vom 04.11. bis zum 02.12.2020 stellt die Kommission Ihren Fahrplan für eine Verordnung zur öffentlichen Konsultation, die nach einer Folgenabschätzung rechtsverbindliche Ziele für die Wiederherstellung der Natur festlegen soll. Die Initiative ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Erholung der biologischen Vielfalt, die in der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 angekündigt wurden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12596-Protecting-biodiversity-nature-restoration-targets>

Kommission; Konsultation zu neuer EU-Bodenstrategie

Vom 05.11. bis zum 17.12.2020 stellt die Kommission ihren Fahrplan zur Aktualisierung der EU-Bodenstrategie zur öffentlichen Konsultation. Die Initiative ist Teil der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030. Um die Verschlechterung des Bodens zu bekämpfen, Landressourcen zu bewahren, zielt sie darauf ab, die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten, Erosion und Versiegelungen zu reduzieren, den Anteil der Biomasse zu erhöhen, kontaminierte Flächen zu identifizieren und geschädigte Flächen zu sanieren. Außerdem soll definiert werden, wann sich Böden in einem guten ökologischen Zustand befinden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12634-New-EU-Soil-Strategy-healthy-soil-for-a-healthy-life>

Kommission; Konsultation zu EU-Forststrategie

Vom 30.10. bis zum 04.12.2020 stellt die Kommission ihren Fahrplan für eine neue, auf der Biodiversitätsstrategie aufbauende EU-Forststrategie zur öffentlichen Konsultation. Sie betrifft den gesamten Waldzyklus und wird sich auf den Schutz und die Wiederherstellung und nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern in der EU und in anderen Regionen der Welt konzentrieren. Die Strategie soll für gesunde und widerstandsfähige Wälder sorgen, die die biologische Vielfalt schützen, zu den Klimazielen beitragen, Existenzgrundlagen sichern und eine kreislauforientierte Bioökonomie fördern.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12674-EU-Forest-Strategy->

Kommission; Intensität und Dauer von Wald- und Flächenbränden gestiegen

Am 30.10.2020 hat die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission den Jahresbericht über Waldbrände in der EU, im Nahen Osten und in Nordafrika für das Jahr 2019 vorgelegt. Demzufolge sind mehr als 400.000 Hektar europäische Naturlandflächen verbrannt, fast die Hälfte davon waren Natura-2000-Schutzgebiete. Weltweit war es das verheerendste Jahr in Bezug auf Waldbrände in der jüngeren Geschichte. In der EU hatte die gesamte verbrannte Fläche bereits im März den Jahresdurchschnitt der letzten 12 Jahre überschritten. Dank besserer Vorbereitung und wirksamerer Reaktionen war die Saison 2019 jedoch eine der besten, die es

jemals im Hinblick auf die Vermeidung von Unfällen und Todesfällen gab: Lediglich drei Todesfälle waren aufgrund von Wald- und Flächenbränden zu verzeichnen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1995

Landwirtschaft

Kommission; Konsultation zu Saatgut für „heterogenes Material“

Vom 30.10. bis zum 27.11.2020 stellt die Kommission den Entwurf einer delegierten Verordnung zur öffentlichen Konsultation, die den Anbau ökologischer/biologischer Kulturen als Teil einer Mischung genetisch vielfältiger Pflanzen ermöglichen soll. Auf diese Weise kann ihre Widerstandskraft gegen Wetterextreme und Schädlinge ohne Kunstdünger oder Pestizide erhöht werden. Die geplante Verordnung soll die Verordnung (EU) Nr. 2018/848 über die ökologische/biologische Produktion um Regeln zur Erzeugung von Vermarktung von Saatgut für diese Pflanzen ergänzen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11844-Rules-governing-the-production-and-marketing-of-plant-reproductive-material-of-organic-heterogeneous-material>

Kommission, EP, Rat; Trilogverhandlungen zur GAP-Reform begonnen

Am 10.11.2020 kamen Vertreter des Rates der EU und des EP mit Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans und EU-Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski für die Kommission erstmals zum Trilog über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zusammen. Am 21.10. bzw. 23.10.2020 hatten sich Rat und EP zuvor auf ihre jeweiligen Standpunkte geeinigt. Am Beginn der Trilogverhandlungen werden zunächst die Arbeitsmodalitäten und der vorläufige Zeitplan festgelegt, die für die anschließenden politischen Trilogie und vorbereitenden technischen Sitzungen gelten werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201110-gap-erster-trilog_de

EP; EP unterstützt Vereinbarung mit China über geografische Bezeichnungen

In einer Resolution vom 11.11.2020 unterstützt das EP das Abkommen zwischen der EU und China über geografische Bezeichnungen. Es wurde im September 2020 unterzeichnet und schützt künftig 100 europäische Produkte mit geografischen Bezeichnungen in China und 100 chinesische Produkte mit solchen Bezeichnungen in der EU rechtlich vor Imitationen. Die Abgeordneten unterstützen auch eine Ausweitung auf jeweils 175 chinesische und europäische Produkte innerhalb von vier Jahren. Nun muss der Rat noch die Vereinbarung annehmen, damit sie Anfang 2021 in Kraft treten kann. Unter den europäischen Produkten sind u.a. Feta, Münchener Bier, Polska Wódka und Queso Manchego.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20201109IPR91128/china-and-the-eu-agree-to-protect-each-other-s-food-and-drink-specialities>

EP;Rat; Vorläufige Einigung zwischen EP und Rat zur Konditionalität von Rechtsstaatlichkeit und Mittelzuwendungen

Bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit und demokratische Grundwerte sollen EU-Gelder zurückbehalten werden, so der vorläufige Kompromiss von EP und Rat. Nach der nunmehr gefundenen Kompromisslösung soll es nicht nur dann zum Zurückbehalten von Mitteln kommen, wenn EU-Gelder direkt missbraucht werden, wie z.B. in Fällen von Korruption oder Betrug. Der Mechanismus soll vielmehr auch bei systemischen Verstößen gegen die für alle Mitgliedstaaten geltenden EU-Grundwerte angewandt werden. Zu diesen Grundwerten zählen Freiheit, Demokratie, Gleichheit und die Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Minderheiten. Stellt die Kommission einen Verstoß fest, wird sie vorschlagen, den Konditionalitätsmechanismus gegen eine EU-Regierung anzuwenden. Der Rat soll nach dem Kompromiss die vorgeschlagenen Maßnahmen innerhalb eines Monats mit qualifizierter Mehrheit verabschieden, in Ausnahmefällen auch innerhalb von drei Monaten. Um die Frist zu wahren, kann die Kommission dafür eine Sitzung des Rates einberufen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20201001STO88311/rechtsstaatsmechanismus-schutz-von-eu-haushalt-und-werten-der-eu>

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen POL

Mit der Übermittlung einer mit Gründen versehenen Stellungnahme ist die Kommission am 30.10.2020 den nächsten Schritt in dem Vertragsverletzungsverfahren zum Schutz der Unabhängigkeit der Justiz in POL gegangen. Das Verfahren hatte sie am 29.04.2020 wegen des Justizgesetzes vom 20.12.2019 gegen POL eingeleitet. Nach dem Dafürhalten der Kommission untergräbt das polnische Justizgesetz die Unabhängigkeit der Richter und ist nicht mit dem Vorrang des EU-Rechts vereinbar. Zudem hindere das Gesetz polnische Gerichte daran, bestimmte EU-Bestimmungen zum Schutz der richterlichen Unabhängigkeit direkt anzuwenden und dem EuGH in diesen Fragen Vorabentscheidungsersuchen vorzulegen. Die polnische Regierung hatte zwei Monate Zeit, um auf die Bedenken zu antworten, die die Kommission in ihrem Aufforderungsschreiben vom 29.04.2020 zum Ausdruck gebracht hatte. In ihrer Antwort wies POL die Argumentation der Kommission zurück und forderte die Einstellung des Vertragsverletzungsverfahrens. Die Kommission hat die Antwort der polnischen Regierung geprüft und ist zu dem Schluss gekommen, dass nicht auf ihre Bedenken eingegangen wurde. Die polnische Regierung hat nun zwei Monate Zeit, um die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Andernfalls kann die Kommission den Fall an den EuGH verweisen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_20_1687

EuGH; Schlussanträge – Europäischer Haftbefehl aus POL

Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona hat am 12.11.2020 seine Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-354/20 PPU und C-412/20 PPU (Openbaar Ministerie) vorgetragen. Nach Auffassung des Generalanwalts rechtfertigt die Zuspitzung der allgemeinen Mängel, die die Unabhängigkeit der polnischen Justiz beeinträchtigen, nicht die automatische Ablehnung aller Europäischen Haftbefehle aus diesem Mitgliedstaat. Danach wird weiterhin jeweils im Einzelfall zu prüfen sein, ob der aufgrund eines Europäischen Haftbefehls nach POL auszuliefernde mutmaßliche Straftäter dort ein faires, rechtsstaatliches Verfahren erwarten kann.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=C5457680F6C8865A81AFA892424BF9F5?text=&docid=233587&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=13632190>

In n e r e s

Frontex; interne Ermittlungen wegen Pushback-Vorwürfen angekündigt

Am 27.10.2020 kündigte die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) die Einleitung interner Ermittlungen infolge von Medienberichten, die den Vorwurf der Durchführung illegaler Pushbacks enthielten, an. Jedoch lägen bislang noch keine Beweise für die Anschuldigungen vor. Bereits Anfang des Jahres habe Exekutivdirektor Fabrice Leggeri im Rahmen eines operativen Dialogs griechische Behörden gebeten, zwei Vorfälle in der Ägäis zu untersuchen. Im ersten Fall seien keine Beweise gefunden worden, im zweiten Fall dauerten die Ermittlungen an. Bislang habe die laufende Untersuchung noch keine weiteren Verdachtsfälle als die bereits an die griechischen Behörden gemeldeten ergeben. Frontex selbst steht nach ihrem Mandat keine eigene Ermittlungsbefugnis gegen Behörden der Mitgliedstaaten zu und ist daher auf deren Ermittlungen angewiesen. Am 12.11.2020 eröffnete die europäische Ombudsfrau, Emily O'Reilly, eine Untersuchung des Umgangs von Frontex mit angeblichen Grundrechtsverletzungen. Gegenstand sei insbesondere eine Bewertung der Effektivität und Transparenz des Beschwerdeverfahrens der Agentur sowie die Rolle und Unabhängigkeit des Frontex-Grundrechtebeauftragten.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news-release/frontex-launches-internal-inquiry-into-incidents-recently-reported-by-media-ZtuEBP>

<https://www.ombudsman.europa.eu/de/news-document/en/134739>

Rat; Verhandlungsmandat für befristete Vorschriften zur Bekämpfung des Kindesmissbrauchs erteilt

Am 28.10.2020 einigten sich die EU-Botschafterinnen und Botschafter der Mitgliedstaaten auf ein Verhandlungsmandat über vorläufige Vorschriften zur Bekämpfung des Kindesmissbrauchs. Die vorläufigen Vorschriften sollen es Anbietern von Kommunikationsdiensten weiterhin ermöglichen, sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet zu bekämpfen. Hintergrund ist das Inkrafttreten des Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation am 21.12.2020, der eine neue Definition elektronischer Kommunikationsdienste enthält. Infolgedessen sind Anbieter von E-Mail- und Messaging-Diensten an die Vorschriften zur Vertraulichkeit gemäß der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation gebunden, nicht mehr jedoch an die der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Im Unterschied zur DSGVO enthält die Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation jedoch keine Rechtsgrundlage für die freiwillige Verarbeitung von Inhalts- oder Verkehrsdaten zur Aufdeckung von sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet. Die von der Kommission vorgeschlagenen befristeten Vorschriften sollen es den betroffenen Anbietern ermöglichen, ihre freiwilligen Bemühungen zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern fortzusetzen. Die Kommission kündigte bereits an, bis zum zweiten Quartal 2021 Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern vorzuschlagen, die auch den vorliegenden Fall abdecken. Das Verhandlungsmandat des Rates sieht vor diesem Hintergrund eine Befristung der Übergangsvorschriften bis zum Inkrafttreten eines dauerhaften Rechtsinstruments, spätestens aber bis zum 31.12.2025 vor.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12084-2020-INIT/en/pdf>

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen HUN wegen Erschwerung des Asylzugangs eingeleitet

Am 30.10.2020 leitete die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen HUN wegen mangelhafter Anwendung des EU-Asylrechts ein und richtete ein Aufforderungsschreiben an HUN. Die Kommission vertritt die Auffassung, dass neue, im Zuge der Bekämpfung der Covid-19 Pandemie geregelte Asylverfahren in HUN gegen EU-Recht, insbesondere die Richtlinie 2013/32/EU zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes (Asylverfahrensrichtlinie), gelesen im Lichte der Charta der Grundrechte der EU, verstoße. Die neuen Verfahren sehen vor, dass Drittstaatsangehörige vor der Stellung eines Antrags auf internationalen Schutz in HUN zunächst in einer ungarischen Botschaft außerhalb der EU eine entsprechende Absichtserklärung abgeben müssen. Erst infolgedessen kann eine spezielle Einreisegenehmigung erteilt werden. Dies steht nach Auffassung der Kommission im Widerspruch zu den Vorschriften der Asylverfahrensrichtlinie, da Personen, die sich im Hoheitsgebiet Ungarns und im Grenzgebiet zu HUN aufhalten, daran gehindert würden, dort einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen. Sollte HUN nicht innerhalb von zwei Monaten auf die Argumente der Kommission reagieren, kann diese beschließen, HUN eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_20_1687

Kommission; humanitäre Hilfe für Süd- und Südostasien bereitgestellt

Die Kommission gab am 30.12.2020 bekannt, humanitäre Hilfe in Höhe von 8,1 Mio. EUR für die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen in Ländern Süd- und Südostasiens bereitzustellen. Die Mittel seien für die Bewältigung sowohl der Covid-19 Pandemie als auch von Naturkatastrophen und Konflikten vorgesehen. Mit 2,51 Mio. EUR werde ein Programm auf den Philippinen unterstützt, mit dem die Ernährungssicherheit, der Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen sowie Unterkunft, Bildung und Schutz für Vertriebene verbessert werden sollten. Weitere zwei Mio. EUR seien für Nepal vorgesehen, um den Katastrophenschutz zu verbessern. Mit den übrigen 3,5 Mio. EUR würden in Südostasien die Katastrophenvorsorge und -bewältigung in städtischen Gebieten gefördert und humanitäre Organisationen bei der Bekämpfung der Covid-19 Pandemie unterstützt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2005

Frontex; erfolgreicher Schlag gegen den Schmuggel von Kindern

Am 04.11.2020 vermeldete die europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) die erfolgreiche Durchführung einer gemeinsamen Operation von Frontex, Europol, elf Mitgliedstaaten (AUT, BEL, KRO, CYP, DEU, LIT, ROM, SLO, PTL, ESP und NDL) und GBR zur Bekämpfung des Schmuggels von Kindern. Im Rahmen der europaweiten Operation, die zwischen dem 05. und 11.10.2020 durchgeführt worden sei, seien 388 mutmaßliche Schmuggler festgenommen und 249 mögliche Opfer identifiziert worden. An den Kontrollen seien mehr als 5.380 Bedienstete der Mitgliedstaaten aus den Bereichen Polizei, Grenzschutz, Ausländerwesen, Verkehrssicherheit, Jugendschutz und Sozialwesen beteiligt gewesen, tausende Personen, Dokumente und Fahrzeuge seien an Grenzübergängen und Verkehrsknotenpunkten kontrolliert worden. Frontex habe die beteiligten Mitgliedstaaten insbesondere durch Risikoprofile und Hilfe beim Auffinden potentieller Opfer unterstützt.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news-release/frontex-co-leads-operation-to-fight-trafficking-in-children-d5a57d>

Kommission; 22,6 Mio. EUR für Sahelzone und Tschadseebecken

Die Kommission gab am 09.11.2020 die Bereitstellung von 22,6 Mio. EUR für fünf Programme im Rahmen des Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika zur Förderung der Stabilität und Sicherheit in der Sahelzone bekannt. Mithilfe eines mit zehn Mio. EUR ausgestatteten Programms solle das Justizsystem in Burkina Faso verbessert und so die Straflosigkeit bekämpft werden. Ein mit 4,5 Mio. EUR ausgestattetes Programm solle die Sicherheit der Bevölkerung im Niger verbessern, indem zum Kapazitätsaufbau der nigrischen Nationalgarde beigetragen werde. Mit einem dritten Programm, das mit etwa zwei Mio. EUR ausgestattet werden soll, solle ein transnationaler Radiosender aufgebaut werden, um z.B. ein Diskussionsforum zu bieten und ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen. Mithilfe eines weiteren Programms solle technische Hilfe für den Informations- und Kommunikationstechnologiesektor in Gambia geleistet werden. Hierfür stehe gut eine Mio. EUR bereit. Schließlich werde mit einem weiteren Projekt der Kapazitätsaufbau zur Digitalisierung des guineischen Personenstandsregisters und zur elektronischen Identifizierung von Bürgerinnen und Bürgern unterstützt, hierfür ständen fünf Mio. EUR zur Verfügung.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1866

Rat; Videokonferenz zum Terror in Europa

Am 10.11.2020 tauschten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel, der französische Staatspräsident Emmanuel Macron, Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz, der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, der Präsident des ER, Charles Michel, und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Rahmen einer Videokonferenz über eine europäische Antwort auf die jüngsten Terroranschläge in europäischen Städten aus. Alle Teilnehmer betonten im Anschluss die Bedeutung eines gemeinsamen Handelns der EU und ihrer Mitgliedstaaten (MS) unter Ausnutzung der bestehenden und im Aufbau befindlichen Instrumente. Insoweit bedürfe es insbesondere einer raschen Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen, etwa der Richtlinien zur Terrorismusbekämpfung und zum Erwerb und Besitz von Waffen, des geplanten Entry-Exit-System (EES) zur besseren Überwachung der Außengrenzen oder des europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS). Als weiteres Handlungsfeld wurde der Kampf gegen die Radikalisierung, insbesondere im Netz, benannt, insoweit bedürfe es rascher Fortschritte bei den Arbeiten an der Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte. Während Bundeskanzlerin Merkel auch für einen Dialog mit islamischen Ländern und Organisationen warb, kündigte Kommissionspräsidentin von der Leyen für den 24.11.2020 einen Vorschlag für einen europäischen Aktionsplan für Integration und Inklusion an. Darüber hinaus sei für Ende November 2020 ein erstes sogenanntes Schengen-Forum geplant, in dem das bestehende Schengen-System evaluiert werden solle. Daraus solle eine neue Schengen-Strategie resultieren. Diese soll im Mai 2021 vorgelegt werden. Schließlich würden am 09.12.2020 eine neue EU-Agenda zur Terrorismusbekämpfung und ein verstärktes Europol-Mandat vorgeschlagen. Die Reaktion der EU und ihrer MS auf terroristische Bedrohungen war auch Gegenstand der informellen Videokonferenz der EU-Innenminister am 13.11.2020 (siehe Beitrag in diesem BaB).

<https://www.eu2020.de/eu2020-de/aktuelles/artikel/terror-in-europa-mit-entschiedener-staerke-gegen-terrorismus/2415168>

EuGH; vorgegebene Einwilligung in Datenverarbeitung ist nicht gültig

Am 11.11.2020 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-61/19 Orange România SA, dass mit einem Vertrag, in dem die Einwilligung des Kunden in die Verarbeitung personenbezogener Daten von dem für die Datenverarbeitung Verantwortlichen

angekreuzt wurde, nicht zum Nachweis einer gültigen Einwilligung geeignet sei. Gleiches gelte, wenn die Vertragsbestimmungen den Kunden über die Möglichkeit des Vertragsschlusses auch ohne Einwilligung in die Datenverarbeitung irreführen könnten oder die freie Entscheidung des Kunden über die Verweigerung der Sammlung und Aufbewahrung seiner personenbezogenen Daten ungebührlich beeinträchtigt werde. In dem zugrundeliegenden Fall hatte die rumänische Behörde zur Überwachung der Verarbeitung personenbezogener Daten eine Geldbuße gegen einen Anbieter von Mobiltelekommunikationsdiensten verhängt, da dieser Kopien der Ausweisdokumente seiner Kunden ohne deren ausdrückliche Einwilligung aufbewahrt hatte. Die Behörde verwies darauf, dass in den betreffenden Verträgen das Kästchen, mit dem die Kunden in die Sammlung und Aufbewahrung der Kopien ihrer Ausweise einwilligten, von Seiten des Anbieters bereits vor Unterzeichnung des Vertrags angekreuzt worden sei. Auf die Vorlage des mit dem Streit befassten rumänischen Gerichts hin entschied der EuGH, dass eine freiwillige Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne der Richtlinie 95/46/EG zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Richtlinie) und der Verordnung (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten (Datenschutz-Grundverordnung) bei Stillschweigen, bereits angekreuzten Kästchen oder Untätigkeit nicht gültig erteilt werde.

http://curia.europa.eu/juris/document/document_print.jsf?docid=233544&text=&dir=&doclang=DE&part=1&occ=first&mode=lst&pageIndex=0&cid=13431562

Rat; Videokonferenz der EU-Innenminister zu Migration und Terrorismus

Am 13.11.2020 fand eine informelle Videokonferenz der EU-Innenministerinnen und -minister statt, an der für die deutsche Ratspräsidentschaft Bundesinnenminister Horst Seehofer teilnahm. Ursprünglich war lediglich eine Debatte zum Vorschlag der Kommission für ein neues Asyl- und Migrationspaket als Gegenstand der außerordentlichen Tagung vorgesehen worden. Angesichts der jüngsten Terroranschläge in Europa erörterten die Ministerinnen und Minister jedoch auch die gemeinsamen Bemühungen der EU zur Bekämpfung des Terrorismus und einigten sich auf eine gemeinsame Stellungnahme. Einigkeit bestand dahingehend, dass es eines wirksamen gemeinsamen grenzüberschreitenden Vorgehens bedürfe. In ihrer gemeinsamen Stellungnahme betonen die Ministerinnen und Minister, dass sich der gemeinsame Kampf gegen den Terror nicht gegen den Islam richte, sondern gegen fanatischen und gewalttätigen Extremismus. Darüber hinaus werden weitere Anstrengungen für eine Verbesserung des sozialen Zusammenhalts und der Integration sowie eine Stärkung der Außengrenzen und des Schengen-Systems gefordert. Die von der Kommission geplante Verbesserung der Polizeizusammenarbeit wird ausdrücklich begrüßt, zudem für eine wirksame Bekämpfung der Radikalisierung und Zusammenarbeit im Kampf gegen Gefährder, ausländische terroristische Kämpfer und Rückkehrer plädiert. Darüber hinaus werde eine zeitnahe Umsetzung der neuen EU-Informationssysteme und ein besserer Schutz öffentlicher Räume, insbesondere von Gotteshäusern, gefordert. Im Anschluss an das Thema Terrorismus setzten die Ministerinnen und Minister ihren Austausch über das neue Asyl- und Migrationspaket fort, unter anderem zum geplanten Solidaritätsmechanismus und zum internen Migrations- und Asylmanagement.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/11/13/joint-statement-by-the-eu-home-affairs-ministers-on-the-recent-terrorist-attacks-in-europe/#>

EP; Aussprache des Kulturausschusses; "Neues Europäisches Bauhaus"

Am 27.10.2020 hat Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, im Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) des EP die Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“ vorgestellt. Durch einen intensiven Austausch der Forschung mit Akteuren der Kunst und Kultur solle die Initiative zur Bekämpfung des Klimawandels und zur ökologischen Wende beitragen, erklärte die EU-Kommissarin. Damit einher gehe die Schaffung eines nachhaltigen Lebensstils hin zu Klimaneutralität und zur Kreislaufwirtschaft. Die Initiative solle sich entlang von drei Phasen entwickeln: Design, Bereitstellung und Verbreitung. Zunächst werden fünf Europäische Bauhaus-Projekte den Fokus auf naturnahe Baustoffe und Energieeffizienz, auf Kunst und Kultur, Demografie, Mobilität und ressourcenschonende digitaler Innovation legen. Trotz allgemeinem Interesse und positiven Äußerungen zur Initiative kritisierten jedoch die meisten wortnehmenden Abgeordneten, dass es der Initiative noch an Klarheit und eindeutigen Mehrwert mangle. Die Kommissarin betonte, dass die Finanzierung der Projekte nicht aus dem Programm Kreatives Europa, sondern hauptsächlich aus dem Forschungs- und Innovationsbudget der EU erfolgen solle.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/exchange-of-views-with-commissioner-mari/product-details/20201013CAN57891>

EP; Initiativbericht zur Stärkung der Medienfreiheit

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres hat am 03.11.2020 seinen Initiativbericht „Stärkung der Medienfreiheit: Schutz von Journalisten in Europa, Hetze, Desinformation und die Rolle von Plattformen“ von Berichterstatterin MdEP Magdalena Adamowicz (EVP/POL) für die Abstimmung im EP-Plenum vorgelegt. Der Initiativbericht betont die Bedeutung freier Medien für die Demokratie in der EU und stellt die besondere Rolle der Journalisten für die Vermittlung verlässlicher und verifizierter Informationen in der Corona-Pandemie heraus. Ebenso weist er darauf hin, dass manche Mitgliedstaaten die Medienfreiheit durch wirtschaftliche Zwänge oder staatliche Kontrolle einschränken und Journalisten Druck und Gewalt ausgesetzt sind. Die Kommission wird u.a. aufgefordert, Standards und Bewertungsmaßstäbe für Medienfreiheit in der EU zu entwickeln und einen ambitionierten Aktionsplan für Medien vorzulegen. Außerdem sollen die Kommission und die Mitgliedstaaten die Transparenz bei Eigentümerstrukturen von Medienunternehmen erhöhen, Journalisten und Medien angesichts der COVID-19-Krise wirtschaftlich unterstützen und die Medienbildung verstärken. Der Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Hassrede und Diskriminierung soll verbessert werden. Die Abgeordneten fordern außerdem, Online-Plattformen zur Bekämpfung von Desinformationen und zum Austausch der entsprechenden Daten zu verpflichten; bei Missachtung derartiger Pflichten sollen Sanktionen verhängt werden können. Der Bericht stellt auch die besondere Rolle öffentlich-rechtlicher Medien heraus und fordert, diese von jeglicher politischen Kontrolle frei zu halten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2020-0205_EN.pdf

EU-Kommission; Vergabe eines Schülerzeitungspreises zu Europa

Am 06.11.2020 veröffentlichte die Vertretung der Kommission in DEU einen Aufruf zur Beteiligung an dem deutschen Schülerzeitungswettbewerb 2021. Im Rahmen dieses Wettbewerbs will die Vertretung auch im Jahr 2021 den „Schülerzeitungspreis Europa“ vergeben. Mit dieser Auszeichnung sollen Schülerzeitungen, die sich mit Europa im Alltag ihrer jugendlichen Leser beschäftigen, ausgezeichnet werden. Die Vertretung ruft junge Medienmacherinnen und Medienmacher an deutschen Schulen aller Schulkategorien, die über aktuelle europäische Themen schreiben, Podcasts oder Videos über europäische Projekte machen oder über Erfahrungen mit Europa an ihrer Schule bloggen, auf, ihre Beiträge bei der Jugendpresse einzureichen. Neben Preisgeldern bis zu 1.000 EUR sei eine feierliche Preisverleihung und ein Schülerzeitungskongress mit einem vielfältigen Weiterbildungsprogramm durch Workshops, unter anderem zu europäischen Themen, Teil der Ehrung der Redaktionen. Der „Schülerzeitungspreis Europa“ werde im kommenden Jahr zum zwölften Mal vergeben. Die Fachjury setze sich aus Vertretern der Jugendpresse, der Schulbehörden, hauptberuflichen Journalisten und politischen Institutionen zusammen. Veranstalter des Schülerzeitungswettbewerbs der Länder sei die Jugendpresse DEU in Zusammenarbeit mit den Ländern in DEU. Einsendeschluss ist der 15.01.2021.

<https://jugendpresse.de>

Veranstaltungen

DSV Europavertretung; Online Konferenz zur Sicherung der Gesundheits- und Sozialsysteme

Wie können in einer sich rasant wandelnden Welt die Gesundheits- und Sozialsysteme für die nächste Generation gesichert werden? Dies thematisierte eine hochrangige Online-Konferenz der Deutschen Sozialversicherung (DSV) Europavertretung, die im Rahmen der Deutschen Ratspräsidentschaft durchgeführt wurde. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommission, des Parlaments, der Bundesregierung und europäischen Interessensverbänden wurden hierbei in zwei Panels die aktuellen Fragen der Arzneimittelversorgung und der sozialen Sicherung für Selbstständige diskutiert. Zur Arzneimittelversorgung teilten die Podiumsteilnehmerinnen und Teilnehmer MdEP Tiemo Wölken (S&D/DEU), Dr. Doris Pfeiffer, Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbands, Sylvain Giraud, Abteilungsleiter für medizinische Produkte in der Kommission, MdEP Dr. Günther Sidl (S&D/AUT) und Nathalie Moll, Generaldirektorin des europäischen Dachverbandes der Arzneimittelhersteller die Auffassung, dass eine verstärkte Zusammenarbeit in Europa ein wichtiger Baustein sei, um die Versorgung mit Arzneimitteln zu verbessern. In Bezug auf die soziale Sicherung für Selbstständige herrschte bei den Diskutantinnen und Diskutanten, Björn Böhning, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Gundula Roßbach, Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund, Dr. Edlyn Höller, stv. Hauptgeschäftsführerin der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, MdEP Dennis Radtke (EVP/DEU) und Dana Carmen Bachmann, Referatsleiterin in der Kommission für Modernisierung von Sozialschutzsystemen, Einigkeit darüber, dass die Digitalisierung im Arbeitswesen neue Herausforderungen schaffe. Ein wesentlicher Punkt hierbei sei die schwere Unterscheidbarkeit, ob es sich bei der Plattformökonomie tatsächlich um selbstständige Tätigkeiten oder um Formen der abhängigen Beschäftigung handele. Dabei wurde erörtert, inwiefern ein neuer

Rechtsrahmen auf Ebene der EU und des Bundes hier helfen könnten und inwiefern die Durchsetzung des bestehenden Rechts einen Beitrag leisten würde.

VCI Hessen; 14. Health Lunch im Zeichen der Deutschen Ratspräsidentschaft

Am 10.11.2020 hat der Verband der Chemischen Industrie (VCI) Hessen zur 14. Auflage seines Health Lunchs, der die gesundheitspolitischen Akteure Hessens und der europäischen Ebene vernetzt, eingeladen. Nach der Begrüßung durch den Hessischen Europastaatssekretär, Mark Weinmeister, stellte Ortwin Schulte, Leiter des Gesundheitsreferats in der Ständigen Vertretung der BRD bei der EU die Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft im Gesundheitsbereich vor. Im Anschluss gab Dr. Florian Schmidt, stellvertretender Referatsleiter des Pharmareferats in der Kommission, einen Ausblick auf die kurz- und langfristige Ziele der Kommission in der EU-Arzneimittelpolitik. Die aktuellen Tätigkeitsfelder und die Sicht des Parlaments brachte MdEP Prof. Dr. Angelika Niebler (EVP/DEU) ein. Abschließend präsentierte Ursula Kirchner als Leiterin des Projektbüros, die Initiative Gesundheitsindustrie Hessen.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

- | | |
|------------|---|
| 16.11.2020 | Informelle Videokonferenz der Landwirtschafts- und Fischereiministerinnen und Minister
Lebensmittelverluste und Lebensmittelverschwendung:
Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der am 28. Juni 2016 angenommenen Schlussfolgerungen des Rates –
Informationen des Vorsitzes und der Kommission
Konferenz zur „Farm to Fork“ Strategie – Informationen des Vorsitzes und der Kommission
Vorbereitung des Welternährungsgipfels der Vereinten Nationen –
Informationen des Vorsitzes
Perspektiven für die EU-Forstpolitik und die EU-Forststrategie nach 2020 – Informationen des Vorsitzes
Meinungsaustausch zur aktuellen Lage auf dem EU-Agrarmarkt |
| 17.11.2020 | Videokonferenz auf Ministerebene „Europäische Angelegenheiten“
Aussprache über den jährlichen Dialog zur Rechtsstaatlichkeit und Bewertung der Lage in bestimmten Mitgliedstaaten |
| 18.11.2020 | Videokonferenz der Mitglieder des Rates des Europäischen Wirtschaftsraums |
| 18.11.2020 | Videokonferenz der Mitglieder des Kooperationsrates EU-Tadschikistan |
| 19.11.2020 | Videokonferenz der Mitglieder des Europäischen Rates
Reaktion der EU auf die COVID-19-Pandemie |

- 19.11.2020 Videokonferenz der Ministerinnen und Minister für Binnenmarkt und Industrie
Debatte über eine dynamischere, widerstandsfähigere und wettbewerbsfähigere europäische Industrie durch Investitionen in die grüne Transformation # „saubere Industrie“
Jahresbericht 2020 des Netzwerks der KMU-Beauftragten für den Rat "Wettbewerbsfähigkeit"
Neue Verbraucher-Agenda – Vorstellung der Kommission
Arbeitsprogramm der kommenden Präsidentschaft - Informationen der portugiesischen Delegation
- 19.11.2020 Videokonferenz auf Ministerebene „Auswärtige Angelegenheiten“
- 20.11.2020 Videokonferenz der Ministerinnen und Minister für Raumfahrt Europas Rolle in der globalen Weltraumwirtschaft - Politische Debatte
Europäische Raumfahrtpolitik - Vorbereitung auf den Weltraumrat
Arbeitsprogramm der kommenden Präsidentschaft - Information der portugiesischen Delegation
- 20.11.2020 Videokonferenz Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
- 23.11.2020 Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Entwicklung)

Europäische Kommission

- 18.11.2020 Sitzung der Kommission
Herbstpaket des Europäischen Semesters
Erneuerbare Offshore-Energie
Verordnung zur EU-Datengovernance
- 25.11.2020 EU-Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Stärkung der Rolle der Frau in den Außenbeziehungen für 2021-2025
Aktionsplan zur Integration und Inklusion
Eine EU-Strategie für den Arzneimittelbereich
Aktionsplan zum geistigen Eigentum

Europäisches Parlament

Themen EP-Plenarsitzung vom 23.-26.11.2020

Auf dem Weg zu einem nachhaltigeren Binnenmarkt für Unternehmen und Verbraucher
Produktsicherheit im Binnenmarkt
Abbau von Ungleichheiten mit besonderem Schwerpunkt auf Armut von Erwerbstätigen
Bekämpfung der Obdachlosigkeitsquote in der Europäische Union

Das Schengen-System und Maßnahmen während der COVID-19-Krise
 Lage der Grundrechte in der Europäischen Union - Jahresbericht für die Jahre 2018-2019
 Bestandsaufnahme der Europawahlen
 Eskalierende Spannungen in Varosha nach den illegalen Aktionen der Türkei und die dringende Notwendigkeit der Wiederaufnahme von Gesprächen
 Aussenpolitische Konsequenzen des COVID-19-Ausbruchs
 Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates vom 10. und 11. Dezember 2020
 Stärkung der Medienfreiheit: der Schutz der Journalisten in Europa, Hassreden, Desinformation und die Rolle der Plattformen
 Ungarische Einmischung in die Medien in Slowenien und im Norden Mazedonien
 Eine neue EU-Afrika-Strategie - eine Partnerschaft für nachhaltige und integrative Entwicklung
 Verbesserung der Entwicklungswirksamkeit und -effizienz von Hilfe
 Eine neue Industriestrategie für Europa

Ausschuss der Regionen

- 19.11.2020 ECON-Fachkommissionssitzung
 Überprüfung der Handelspolitik (Abstimmung)
 Aktionsplan zu kritischen Rohstoffen (Meinungsaustausch)
- 23.11.2020 NAT-Fachkommissionssitzung
 Agrarökologie (Abstimmung)
 Erfahrungen und Erkenntnisse der Regionen und Städte während der COVID-19-Krise (Meinungsaustausch)
 Ein neues Konzept der Meeresstrategie für den Atlantik – Aktionsplan für den Atlantik 2.0 (Meinungsaustausch)
- 25.11.2020 SEDEC-Fachkommissionssitzung
 Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz (Abstimmung)
 Förderung der Jugendbeschäftigung: Eine Brücke ins Arbeitsleben für die nächste Generation – Stärkung der Jugendgarantie (Abstimmung)
 Neustart der Kultur- und Kreativwirtschaft (Abstimmung)
 Ein neuer EFR für Forschung und Innovation (Abstimmung)
 Eine Union der Gleichheit: EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des Rassismus 2020-2025 (Meinungsaustausch)
 Aktionsplan für digitale Bildung 2021-2027 (Meinungsaustausch)
 Vollendung des europäischen Bildungsraums bis 2025 (Meinungsaustausch)
- 26.11.2020 COTER-Fachkommissionssitzung

Europäischer Gerichtshof

- 18.11.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-463/19 (Syndicat CFTC): Verlängerter Mutterschaftsurlaub – Diskriminierung von Vätern?
- 18.11.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-371/19 (Kommission / DEU): Mehrwertsteuererstattung für Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten
- 19.11.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-663/18 (BS und CA): Vermarktung von Cannabidiol
- 19.11.2020 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-505/19 (Bundesrepublik DEU (Red Notice von Interpol)): Festnahmeersuchen über Interpol - Verbot der Doppelbestrafung
- 19.11.2020 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-900/19 (One Voice und Ligue pour la protection des oiseaux): Leimrutenjagd auf Vögel in Südfrankreich
- 19.11.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-901/19 (Bundesrepublik DEU (Begriff der ernsthaften individuellen Bedrohung)): Voraussetzungen für subsidiären Schutz
- 19.11.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-238/19 (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Militärdienst und Asyl)): Asylanträge syrischer Kriegsdienstverweigerer
- 23.11.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-821/19 (Kommission / HUN): Strafbarkeit von Hilfeleistungen an Asylbewerber
- 24.11.2020 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-59/19 (Wikingerhof gegen Booking.com): Gerichtliche Zuständigkeit für Unterlassungsklage gegen Vertragspartner wegen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung
- 24.11.2020 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-225/19 und C-226/19 (Minister van Buitenlandse Zaken): Ablehnung eines Visumantrags wegen Bedenken eines anderen Mitgliedstaats
- 24.11.2020 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-510/19 (Openbaar Ministerie): Europäischer Haftbefehl –

Hinreichende Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft in den Niederlanden?

24.11.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-804/18 WABE und C-341/19 (MH Müller Handel): Neutralitätsgebot / Kopftuchverbot in Kita und Drogeriemarkt

26.11.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-174/19 P (Scandlines Danmark und Scandlines DEU / Kommission) und C-175/19 P (Stena Line Scandinavia / Kommission): Finanzierung der Straßen- und Eisenbahnverbindung über den Fehmarnbelt

EuG

18.11.2020 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-814/17 (Lietuvos geležinkeliai / Kommission): Missbrauch einer beherrschenden Stellung im Schienenverkehr im Baltikum

27.11.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-378/20 (Ryanair / Kommission): Covid-19-Krise: Staatliche Beihilfen Dänemarks zugunsten von SAS

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 22.11.2020.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA